

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1908

44 (8.2.1908) Badischer Landtag. Zweite Kammer. 27. öffentliche Sitzung

Badischer Landtag.

Zweite Kammer.

27. öffentliche Sitzung
am Donnerstag den 6. Februar 1908.

Tagesordnung:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann

Beratung der Berichte der Budgetkommission über das Budget des Groß- Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts für die Jahre 1908 und 1909. Ausgabe Titel X: Unterrichtswesen. I. Höhere Unterrichtsanstalten — Drucksache Nr. 11c (1) — (Fortsetzung); Ausgabe Titel IX: Kultus — Drucksache Nr. 11b — Berichterstatter: Abg. Dr. Obkircher.

Am Regierungstisch: Staatsminister und Minister der Justiz, des Kultus und Unterrichts Wirkl. Geh. Rat Dr. Freiherr von Dusch, Geh. Oberregierungsrat Dr. Böhm.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 20 Min. vormittags.

Es wird der Eingang folgender Petitionen angezeigt:

1. des Gemeinderats Dettingen um Abänderung einiger Bestimmungen des Elementarunterrichtsgesetzes;
2. des Vereins der badischen Bahnmeister um Verbesserung ihrer Dienst- und Einkommensverhältnisse;
3. der badischen Bahn- und Weichenwärter um Einreihung in eine andere Gehaltsklasse des neuen Gehaltstarfs;
4. des Vereins staatlich geprüfter Tiefbauwerkmeister e. B. in Karlsruhe, die Verwendung der staatlich geprüften Tiefbauwerkmeister bei der Eisenbahnverwaltung, hier den Gehaltstarif betr.;
5. der gemeinnützigen Vereine der Schwesinger-Vorstadt und des Lindenhof-Stadtteils in Mannheim, die Errichtung eines zweiten Fußgängersteiges über den Personen- und alten Rangierbahnhof zwischen den Stadtteilen Schwesinger-Vorstadt und Lindenhof mit Ausmündung auf die Traiteurstraße betr.

Ziffer 1 wird der Petitionskommission, Ziffer 2, 3 und 4 der Kommission für die Beamtenvorlagen und Ziffer 5 der Kommission für Eisenbahnen und Straßen überwiesen.

Der Abg. Dr. Seimbürger läßt sein Ausbleiben in der heutigen Sitzung wegen dringender anderer Inanspruchnahme entschuldigen.

Zur Tagesordnung (zunächst noch Beratung des Justizbudgets, Ausgabe Titel X, I. höhere Unterrichtsanstalten) sprechen:

Staatsminister und Minister der Justiz, des Kultus und Unterrichts Dr. Freih. v. Dusch: Ich kann mit Genugtuung als das Ergebnis unserer gestrigen Debatte feststellen, daß der Hochschulverwaltung von allen Seiten Anerkennung zuteil geworden ist, und ich entledge mich gern der angenehmen Pflicht, für diese Anerkennung meinen Dank auszusprechen und damit die Versicherung zu verbinden, daß es auch künftighin unser Bestreben sein wird, die Blüte unserer drei Hochschulen nach jeder Richtung hin zu fördern und ihrem Gedeihen unsere ganze Kraft zu widmen.

Es sind gestern eine Reihe von allgemeinen Fragen erörtert worden und diese Fragen allein sind es, denen ich meinerseits meine Ausführungen widmen möchte, während alle einzelnen Wünsche und Bedenken, die bezüglich der Hochschulen vorgetragen worden sind, von dem Herrn Hochschulreferenten beantwortet werden sollen.

In erster Reihe wende ich mich zu der Frage, die in der gestrigen Debatte zwar nicht in der Ausführlichkeit behandelt worden ist wie vor zwei Jahren, immerhin aber einigen Raum eingenommen hat, nämlich die der Errichtung eines eigenen Unterrichtsministeriums. Die Herren werden nicht erwarten, daß ich in der Ausführlichkeit wie vor zwei Jahren auf diese Frage eingehe. Ich muß mich darauf beschränken, zu erklären, daß die Regierung ihre Stellung nicht geändert hat und wenigstens derzeit — von fernerer Zukunft zu sprechen, hat ja keinen Zweck — nicht in der Lage ist, dem Wunsche des Hohen Hauses zu entsprechen und ein eigenes Unterrichtsministerium zu errichten. Die Errichtung eines eigenen Unterrichtsministeriums, die ja im wesentlichen von den Herren Antragstellern so gedacht ist, daß der Oberschulrat zum Unterrichtsministerium erweitert werden soll, indem ihm noch die Hochschulen angegliedert werden, würde die Frage der Organisation unserer Kollegialmittelstellen im allgemeinen aufrollen. Es ist das eine sehr komplizierte Frage, und ich kann heute nur erklären: Den Oberschulrat aus diesem allgemeinen Rahmen herausnehmen, geht nicht an, und ich kann weiter tatsächlich erklären, daß durch die Verbindung des Oberschulrats mit dem Ministerium dem letzteren eine Reihe von Geschäften zuwachsen würde, die nicht in einer

Zentralstelle vereinigt werden können. Auf die Einzelheiten will ich nicht eingehen und nur noch sagen, daß auch die Konstituierung des Oberschulrats als Abteilung des Ministeriums nach Ansicht der Regierung derzeit nicht ins Auge gefaßt werden kann. Ich glaube, der Erfolg, der von den Herren Antragstellern damit bezweckt wird, würde nicht erreicht werden, wenigstens so lange nicht, als der Oberschulrat nicht auch räumlich mit dem Ministerium verbunden werden könnte. Was eigentlich bezweckt wird, nämlich ein Zusammenwirken, ein Zusammenarbeiten des Oberschulrats mit dem Ministerium, findet schon jetzt statt, soweit es bei den jetzigen Verhältnissen überhaupt möglich ist.

In dritter Reihe ist darauf abgehoben worden, daß wenigstens eine Personalunion zwischen dem Direktor des Oberschulrats und dem Referenten im Ministerium eintreten sollte. Eine solche Personalunion würde auch nur mehr formale Bedeutung haben. Auch jetzt schon steht der Direktor des Oberschulrats in enger Verbindung mit dem Ministerium, und es finden regelmäßige Vorträge und Besprechungen statt; soweit das bei der umfassenden Tätigkeit des Oberschulrats möglich ist, fungiert der Direktor des Oberschulrats tatsächlich schon als Referent des Ministeriums. Ich kann nur meiner besonderen Genugtuung darüber Ausdruck geben, daß es gelungen ist, was auch dem Wunsche des Hohen Hauses entsprach, einen hervorragenden Schulmann, der auf allen Seiten des Hauses Anklang gefunden hat, an die Spitze des Oberschulrats zu stellen. Das Zusammenarbeiten mit diesem Manne kann als in allen Beziehungen ersprießlich bezeichnet werden.

Eine zweite Frage von allgemeiner Bedeutung ist die Errichtung einer Handelshochschule in Mannheim. Zu dieser Richtung habe ich in der Kommissionsitzung schon Einiges gesagt und meine Mitteilungen sind in einer späteren Sitzung der Budgetkommission ergänzt worden durch Mitteilungen des Referenten des Ministeriums des Innern. Ich kann heute nur wiederholt bestätigen, daß die Unterrichtsverwaltung nicht daran denkt, die Handelshochschule in Mannheim etwa zu einer vierten Landesuniversität sich auswachsen zu lassen in dem Sinne, daß durch sie dem Staate erhebliche Opfer zugemutet werden dürften, sondern daß die Unterrichtsverwaltung sich darauf beschränkt, das aber auch in vollstem Maße tun wird, das Unternehmen der Stadt Mannheim — es ist ja ein städtisches Unternehmen — zu fördern, soweit es irgend möglich ist (Beifall!), zu fördern durch Stellung von Unterrichtskräften, zu fördern auch durch Mitwirkung des Ministeriums bei Erörterung allgemeiner Fragen und zu fördern auch durch eine pekuniäre Unterstützung, die allerdings, wie ich entgegen den Ausführungen des Herrn Abg. Vogel, für dessen Mannheimer Lokalpatriotismus ich Verständnis besitze, sagen muß, sich jedenfalls in sehr mäßigen Grenzen wird bewegen müssen, die diesen Beitrag ziemlich verschwinden lassen werden gegenüber den Aufwendungen, die seitens der Stadt Mannheim gemacht werden müssen, wenn diese Handelshochschule einmal als wirkliche Hochschule konstituiert sein wird. Der Staat wird eine vierte Hochschule nicht gründen; es ist das nicht möglich, und es ist auch von allen Seiten des Hauses, auch von solchen, die dem Staate in dieser Richtung gerne weitere Lasten zumuten würden, ausgesprochen worden, daß die vorhandenen drei Hochschulen für den Staat schon eine große, schwere Belastung sind, die nur mit Mühe getragen werden kann, allerdings aber auch getragen wird in einer durchaus ehrenvollen Weise.

Wenn von der Frequenz unserer Hochschulen die Rede gewesen ist, so ist zweifellos die Frequenz unserer Universitäten eine immer noch anwachsende, und zwar in solchem Maße, daß man sich der Sorge nicht entschlagen kann, wohin alle die jungen Männer, die sich dem Studium widmen, einmal kommen werden, was mit ihnen werden soll. Wir leiden an einer gewissen Hypertrophie des Studiums, die bald das eine Gebiet, bald das andere mehr belastet. Aber das sind Dinge, die sich der Einwirkung des Staates entziehen und die sich durch die Macht der Tatsachen selbst regulieren. Wenn ein Studium eine Zeit lang überfüllt war, wie dies z. B. bei der Medizin der Fall war, so läßt der Zudrang einige Zeit nach, und so wird die Zeit einen Ausgleich auf den verschiedenen Gebieten des Studiums bringen.

Der Rückgang der Frequenz der technischen Hochschule ist von verschiedenen Seiten des Hauses in das richtige Licht gestellt worden. Es ist kein Zweifel, daß für diesen Rückgang keine Gründe maßgebend sind, die im Betrieb der Hochschule liegen, sondern der Grund liegt vor Allem darin, daß die technischen Fächer, besonders einzelne Gebiete, schließlich derart überfüllt waren, daß ein Weiterkommen auf diesen Gebieten nicht mehr möglich erschien. Dadurch ist die Frequenz der technischen Hochschule zurückgegangen, obgleich sie eine sehr gute ist und immer noch die Frequenz von vor 10 und 20 Jahren weit übersteigt.

Ein Gebiet von größter Bedeutung ist die Frage der Besetzung der Lehrstühle an den Hochschulen, die gestern von den verschiedensten Gesichtspunkten aus beleuchtet worden ist. Wenn gestern an den Salzburger Hochschullehrtage Erörterungen angeknüpft wurden über die Besetzung der Lehrstühle, so muß ich sagen, daß ich diesen Ausführungen nicht beistimmen kann. Der Hochschullehrtage hat für die Regierung, die seinen Verhandlungen mit Aufmerksamkeit folgt ist, viel Interessantes gebracht, aber das Ergebnis dieser Verhandlungen war nicht ein solches, daß man ihm Bedeutung beimessen könnte in Beziehung auf das, was wir in Baden zu tun haben. Denn daß bei uns in Baden bei der Besetzung der Lehrstühle immer in durchaus objektiver Weise und immer in der Absicht, die Wissenschaft zu fördern, verfahren worden ist, das ist von keiner Seite in diesem Hohen Hause bestritten worden, und ich habe gar keinen Grund, in dieser Beziehung meinen Blick nach Norden und Osten zu wenden. Das sind Dinge, die einmal uns, die badische Unterrichtsverwaltung nicht berühren, und die man außerdem nicht nur heiläufig beurteilen kann; und ich glaube, daß solche Urteile, wie sie gestern über Män el in der Besetzung der Lehrstühle in Norddeutschland abgegeben worden sind, nicht abgegeben werden sollten ohne eine sehr genaue Kenntnis der Tatsachen. Aber, wie gesagt, wir haben in dieser Beziehung eine Beanstandung nicht erfahren, und ich kann nur wie bei früheren Anlässen wiederholt erklären, daß die Unterrichtsverwaltung entschlossen ist, nach wie vor das Vorschlagsrecht der Universitäten zu respektieren, innerhalb der Grenzen, die uns der Natur der Sache nach gesetzt sind. Die Fälle sind nicht ausgeschlossen — wenn sie auch selten sind, mir ist ein solcher Fall nicht erinnerlich —, daß die Regierung mit den Vorschlägen der Fakultät nicht einverstanden ist und noch weitere Vorschläge einverlangen muß. Aber jedenfalls darf als die Regel festgehalten werden, und ich glaube, die Festhaltung dieser Regel hat die Wissenschaft gefördert, daß die Autonomie der Universitäten in dieser Richtung respektiert wird, und daß dieses Vorschlagsrecht der Universitäten, wenn es auch nicht ein formelles

„Recht“ ist, seitens der Regierung genügende Beachtung findet.

Wenn von einer Seite darauf abgehoben wurde, daß mehr als bisher die Landeskinder bei der Berufung auf unsere Lehrstühle berücksichtigt werden möchten, so möchte ich demgegenüber sagen, daß nach der Ueberzeugung der Unterrichtsverwaltung dieser Gesichtspunkt nicht ausschlaggebend sein kann. Die Wissenschaft kennt keine Landesgrenzen. Immerhin kann, wenn auf der Vorschlagsliste Badener stehen, der Fall eintreten, daß die Regierung bei sonst gleichen Verhältnissen dem Badener den Vorzug gibt. Ich kann nur meinerseits das, was aus dem Hohen Hause gesagt worden ist, bestätigen, daß eine Zurücksetzung unserer Landeskinder in dieser Beziehung nicht erfolgt, und wer mit Aufmerksamkeit die Listen unserer Universitäten nachsieht, und auch diejenigen der anderen deutschen Hochschulen, und wer dem nachgeht, wie viele Badener an den nichtbadischen Universitäten sind, der wird zu dem Ergebnis kommen, daß die Sache im wesentlichen eben auf diesem Gebiete auch so liegt, daß Angebot und Nachfrage entscheiden. In vielen Fällen ist das Angebot eines Landeskindes für den betreffenden Lehrstuhl nicht vorhanden, und dann löst sich die Frage ganz von selbst.

Wenn weiter darauf abgehoben wurde, daß die Konfession bei Berufungen eine Rolle wenigstens früher gespielt habe, so habe ich meinerseits keinen Grund, auf Dinge zurückzugreifen, die mir unbekannt sind, denn ich müßte nicht, in welchen Fällen das so gewesen sein sollte. Ich kann nur eines erklären, daß, abgesehen von der theologischen Fakultät bei den Vorschlägen der Fakultäten für die Regierung, nur eines maßgebend sein darf, nämlich die wissenschaftliche Bedeutung dessen, der auf den Lehrstuhl steigen soll. Ich habe wenigstens für meine Person noch nie danach gefragt, wenn es sich bei der Befetzung eines Lehrstuhles um einen wissenschaftlich hervorragenden Mann gehandelt hat, ob derselbe katholisch oder protestant ist. Aber eine Bemerkung kann ich dem gegenüber, was der Herr Abg. Kopf vorgetragen hat, nicht unterdrücken, daß nämlich bis jetzt das Angebot katholischer Dozenten ein verhältnismäßig geringes war. Es waren aus diesem Grund etwas weniger katholische Dozenten vorhanden, aber die Lage bessert sich allmählich, und ich kann nur wiederholt aussprechen, wir werden nach wie vor nur die wissenschaftliche Qualifikation als das ausschlaggebende Moment bei Berufungen betrachten.

Ich möchte von der Frage der Befetzung unserer Lehrstühle übergehen auf eine Frage von allgemeinerer Bedeutung, die aber von einer ganzen Reihe von Abgeordneten vertreten worden ist, nämlich auf die Frage der wissenschaftlichen Assistenten. Diese Frage ist eine durchaus nicht einfache, sie ist an den verschiedenen Hochschulen in sehr mannigfacher Weise geregelt, und sie hängt aufs engste zusammen mit der Frage der Privatdozenten, die ja hier auch vor 2 Jahren von dem Herrn Abg. Quenzer in ausführlicher Weise behandelt worden ist, und die eine ebenso ausführliche Erwiderung von Seiten der Regierung gefunden hat, auf die ich heute Bezug nehmen darf. Diese Frage hängt insofern mit der Frage der Privatdozenten zusammen, als ein Teil der älteren Assistenten Privatdozenten sind. Nun, eines müssen wir unbedingt festhalten: Es ist, entgegen den Anregungen des Herrn Abg. Rebmann und auch des Herrn Abg. Kopf, für die Regierung unmöglich, daß sie Assistentenstellen sich zu festen Stellen entwickeln läßt. Es war von einem Herrn die Rede, der schon seit 20 Jahren Assistent sein soll; ich weiß nicht, wer das ist, der Herr soll in Freiburg sein. Ich kann demgegenüber nur sagen, daß auch die Regierung es nicht als einen glücklichen Zustand

betrachten kann (Sehr richtig im Zentrum!), wenn jemand solange Assistent ist, und wenn es ihm nicht gelingen ist, einen Lehrstuhl zu erlangen. In einem solchen Falle wäre es aber der beste Weg für den Betreffenden, in einen anderen Beruf zurückzutreten, ein Weg, den der Herr Abg. Rebmann gestern in einer anderen Beziehung empfohlen hat, nämlich bezüglich derjenigen Herren, die zugleich an Mittelschulen und Hochschulen tätig sind, wie das jetzt noch in einzelnen Fällen geschieht. Ich sage also, die Entwicklung der Assistentenstellen zu festen Stellen und damit eine Förderung eines übermäßig langen Assistententums ist etwas, was nicht im Interesse der Entwicklung unserer Hochschulen selbst liegt. Ich bin der Ansicht, daß, wer auf den Hochschulen nicht eine erfolgreiche Laufbahn machen kann, besser daran tut, in einen anderen Beruf zurückzukehren, wo ihm etwa als Jurist, als Philologe, als Mediziner oder Theologe ein praktischer Beruf immer offen bleibt, als zu lange auf der Hochschule zu bleiben und damit die Zahl derjenigen zu vermehren, die der Herr Abg. Kolb in seiner gewohnten scharfen Weise das „Gelehrtenproletariat“ genannt hat. Ich glaube, man sollte nicht noch vom Staat aus eine derartige Entwicklung fördern. Das schließt aber in gar keiner Weise aus, daß der Staat eine Besserung der Honorare der Assistenten gegenüber dem bisherigen Zustande herbeiführen wird, und in der Richtung kann ich nur auf den Nachtragsetat verweisen, der, wenn er auch nicht alle Hoffnungen erfüllen, doch eine wesentliche Besserung bringen wird.

Wenn gesagt wurde, daß die Regierung nicht genug tue für die Assistenten und Privatdozenten, indem sie nicht genug Lehraufträge erteile, so möchte ich doch sagen, daß sich die Zahl dieser Lehraufträge seit dem letzten Landtag um etwa ein Duzend gehoben hat, und daß wir jetzt an unseren drei Hochschulen nicht weniger als 55 Lehraufträge erteilt haben. Das läßt gewiß auf eine warme Förderung der Assistenten schließen.

Wenn bei der Erörterung dieser Angelegenheit darauf abgehoben worden ist, daß durch eine zu geringe Bezahlung und eine zu geringe Förderung der Privatdozenten der Hochschullehrerberuf tatsächlich gewissermaßen zu einem Privileg der Reichen werde, so ist demgegenüber zu sagen, daß allerdings der Wohlhabende in der Tat einen Vorzug in dieser Beziehung hat. Es wird ihm leichter werden, als Assistent oder Privatdozent sehr lange zu warten. Allein ich möchte doch bestreiten, daß bei der ganzen Entwicklung unserer Hochschulen von einem Privileg der Reichen die Rede sein kann. Es wird der wahrhaft Tüchtige, der wahrhaft wissenschaftlich Begabte auch dann, wenn er ohne Mittel ist, auf der Hochschule immer durchdringen. Allerdings, dieser geistige Konkurrenzkampf auf den Hochschulen ist ja ein besonders scharfer. Es mag da ab und zu einmal eine Exzess, wenn auch nicht zugrunde gehen, so doch geknickt werden. Allein das ist eine Folge, die bei dem Hochschulbetrieb nicht ausgeschlossen werden kann, und ich glaube, der Staat würde den Hochschulen den allerschlechtesten Dienst erweisen, wenn durch eine übermäßige Förderung, durch Schaffung fester Stellen der Assistenten, oder, wie es vor zwei Jahren vorgeschlagen wurde, durch gewisse bestimmte Gehalte für Privatdozenten, eine — ich will mich nicht zu scharf ausdrücken — gewisse Mittelmäßigkeit auf den Hochschulen gefördert werden würde und schließlich Leute herangezogen würden, die lange auf den Hochschulen sind, schließlich ganz bei der Hochschule bleiben und doch nicht dem entsprechen, was wir von den Stätten der Wissenschaft unbedingt fordern müssen, nämlich, daß nur Männer von hervorragender geistiger Kapazität die Lehrstühle einnehmen.

Von einer Seite ist gestern darauf abgehoben worden, daß einzelne Fakultäten etwas einseitig in der Beurteilung der Vorbildung seien und daß noch nicht bei allen Fakultäten bezüglich der Doktor-Examen der Gedanke durchgebrungen sei, der jetzt in unserer Verordnung über die Gleichberechtigung der Mittelschulen Ausdruck gefunden hat, daß vielmehr in einzelnen Fakultäten entgegen diesem allgemeinen Grundsatz noch das humanistische Abiturium gefordert werde. Der betreffende Herr Abgeordnete, es war Herr Heimburger, hat ja schon darauf hingewiesen, daß da in die Autonomie der Fakultäten nicht eingegriffen werden sollte. Es ist das auch der Standpunkt der Regierung. Ich muß aber vor allem darauf hinweisen, daß es sich ja vornehmlich nur um einzelne Fakultäten handelte — die medizinische hat ja längst den freien Grundsatz adoptiert —, daß auch bei den Fakultäten, die an einzelnen Universitäten am humanistischen Abiturium festhalten, der Grundsatz vielfach durch Dispense durchbrochen wird, die dann erteilt werden, wenn die Fakultät die Ueberzeugung hat, daß der betreffende junge Mann wirklich die wissenschaftliche Qualifikation besitzt, die für den Doktor als erforderlich erachtet wird.

Zur Frage der Diener und Militäranwärter kann die Regierung nicht den Standpunkt des Herrn Abg. Kolb einnehmen, so sehr ich mit ihm und mit anderen Herren darin übereinstimme, daß zuweilen eine gewisse Härte darin liegen kann, daß Diener, die sich ganz gut qualifizieren, nicht etatmäßig werden können, weil ihnen Militäranwärter vorgehen. Wir stehen da unter Bestimmungen, die für das ganze Reich gelten, und denen ich doch eine ganz andere Bedeutung beimessen möchte, als Herr Abg. Kolb es getan hat. Diejenigen, die nach langer Militärdienstzeit sich einem Zivilberuf zuwenden, haben nicht, wie Herr Abg. Kolb, wenn ich ihn recht verstanden habe, gesagt hat, für die Allgemeinheit überhaupt nichts gearbeitet, sondern sie haben einen sehr wesentlichen und wichtigen Dienst getan. Wir werden eben immer versuchen müssen, da die Interessen auszugleichen. In Fällen, wo für die Dienerstellung besondere Kenntnisse und Fertigkeiten erfordert werden, sind wir ja dazu übergegangen, gewisse gehobene Stellen von Präparatoren und dergl. einzuführen, so daß also in den schwerwiegendsten Fällen immer den Wünschen der Hochschulen entsprochen werden kann. Im allgemeinen aber kann ich meinerseits eine Aenderung auf diesem Gebiet nicht in Aussicht stellen, denn wir sind, wie gesagt, an die allgemein für Deutschland geltenden Bestimmungen gebunden.

Die Frage, die gestern einen sehr großen Teil in den Reden aller Mitglieder des Hohen Hauses, die wir gehört haben, eingenommen hat, ist die Frage der Freiheit der Wissenschaft; sie ist unter dem doppelten Gesichtspunkt, einmal der Lernfreiheit und dann der Lehr- und der Forschungsfreiheit behandelt worden.

Ich glaube, das Gebiet der Lernfreiheit bedarf, wenn wir auch von dem durch Herrn Abg. Nebmann humoristisch behandelten Teil der Lernfreiheit, nämlich von dem Schwänzen, absehen wollen, wenn wir sie vielmehr im ernstesten Sinn auffassen, speziell für unsere badischen Verhältnisse wohl keiner Erörterung. Es sind ja gewiß Fälle denkbar und sind auch anderwärts vorgekommen, auch in nicht weit zurückliegender Zeit, daß in die Lernfreiheit eingegriffen worden ist. Ich kann aber zu meiner Genugtuung konstatieren, daß etwas derartiges in Baden noch nicht vorgekommen ist, und kann auch das Vertrauen aussprechen, daß in dieser Richtung ein Eingriff auf dem Gebiet, wie Herr

Abg. Nebmann uns angedeutet hat, nicht zu erwarten sein wird.

Ein erheblich schwierigeres Gebiet ist das Gebiet der Lehr- und der Forschungsfreiheit, und in dieser Richtung kann ich nur vor allem den Dank der Regierung dafür Ausdruck geben, daß von allen Seiten anerkannt und als selbstverständlich erachtet worden ist, daß die Regierung nach wie vor das Gebiet der Lehrfreiheit und der Forschungsfreiheit nachdrücklich schützen und wahren werde. Es war nur dem Herrn Abg. Kolb vorbehalten, in der Richtung, — obgleich auch er anerkennen mußte, daß ihm Fälle nicht bekannt sind, in denen die Regierung etwa gegen den Grundsatz verstoßen hätte — Andeutungen zu machen, daß, wenn die Regierung auch bis jetzt dieses Prinzip gehegt habe, das vielleicht weniger aus Grundsätzen als nur aus praktischen Erwägungen heraus geschehen sei. Ich will mich auf eine Diskussion darüber mit Herrn Abg. Kolb nicht einlassen. Auf dem Gebiet, das er speziell wohl im Auge gehabt hat, auf dem Gebiet der Nationalökonomie hat die Regierung schon Berufungen von Männern vollzogen, die auf einem außerordentlich liberalen Standpunkt ober, sagen wir, sehr links in der Nationalökonomie standen. Die Regierung wird nach wie vor die Lehrfreiheit in dieser Richtung wahren und wird nicht Vorschlägen der Fakultät aus irgend einer Voreingenommenheit entgegenzutreten, wenn der zu Berufende überhaupt ein Mann ist, von dem die Regierung überzeugt ist, daß er wahre Wissenschaft vertreten wird.

Schwieriger ist die Frage der Lehr- und Forschungsfreiheit auf dem theologischen Gebiet. Ich meine da weniger das evangelisch-theologische Gebiet, auf dem sich Schwierigkeiten bis jetzt eigentlich nicht ergeben haben, sondern ich meine das Gebiet der katholischen Theologie. Auch auf diesem Gebiet war der Herr Abg. Kolb der einzige, der mit uns ja nicht unbekannt und von seinem Standpunkt begrifflichen Vorschlägen hervorgetreten ist, nämlich eine Kur nach Dr. Eisenhart vorzunehmen und die katholisch-theologische Fakultät einfach verschwinden zu lassen. Demgegenüber muß ich namens der Regierung erklären, daß die Regierung die katholisch-theologische Fakultät als einen wesentlichen und notwendigen Bestandteil der Universität Freiburg erachtet und ihrerseits auch zur Förderung und zum Schutz dieser Fakultät tun wird, was in ihren Kräften steht. (Beifall beim Zentrum). Wohl aber, und das ist ja unverkennbar, liegen sehr große Schwierigkeiten im Betriebe der katholischen Theologie nach der Seite der Wissenschaft. Wir haben ja darüber gestern von allen Seiten Ausführungen gehört, die vielleicht weniger in eine parlamentarische Erörterung gehören (Sehr richtig!), Ausführungen, bei denen ja eine Einigkeit in diesem Hohen Hause nicht zu erzielen sein wird, denen ich aber doch auch meinerseits einige Worte widmen möchte. Es ist begreiflich, daß diese Frage der Freiheit der Wissenschaft gerade auf dem Gebiet der katholischen Theologie gestern eine besondere Hervorhebung gefunden hat, nach den Vorgängen seit dem Sommer des vorigen Jahres, nach den Vorgängen, die ja von keiner Seite im Einzelnen bezeichnet worden sind, die man aber auch nicht zu nennen braucht, um doch zu wissen, worum es sich handelt. Es bedarf keiner Versicherung, daß auch die Unterrichtsverwaltung allen diesen Vorgängen mit dem höchsten Interesse gefolgt ist, nicht nur mit dem höchsten Interesse sondern auch mit warmer Teilnahme in einzelnen Fällen; ich brauche nur an den einen Fall zu erinnern, der uns in den letzten Tagen beschäftigt hat und noch beschäftigt, den Fall, der ein früheres hervorragendes Mitglied der katholisch-theologischen Fakultät in Freiburg selbst betrifft. Ich kann, was die allge-

meine Frage der Freiheit der Wissenschaft bezüglich der katholischen Theologie anbelangt, nur eines sagen: Ich freue mich über die durchaus leidenschaftslose und vornehm-ruhige Art, die gestern die Behandlung dieser Frage in diesem Hause erfahren hat. Ich sehe dabei ab von den radikalen Ansichten des Abg. Kolb auf diesem Gebiete. Der Herr Abg. Kopf hat ja ein Wort gefunden, das die Deutung zuläßt, daß auch er der Freiheit der Wissenschaft ein weites Feld einräumen will. Aber es wird schwierig sein, die Grenze, die der Abg. Kopf gestern ziehen wollte, die Grenze zwischen Dogma und Wissenschaft, als eine feststehende in dem Sinne zu betrachten, wie der Abg. Kopf sie zu betrachten scheint. Ich will mich auf Erörterungen in einzelnen darüber nicht einlassen, sondern nur den einen Gedanken, der ja auch in der letzten Zeit mehrfach öffentlich hervorgetreten ist, an dieser Stelle hervorheben, nämlich ob und inwieweit eine wirklich wissenschaftliche Behandlung noch möglich ist, wenn gewissermaßen die Uhr in der Geschichte zum Stehen gebracht, wenn gesagt wird: Mit der Scholastik endet überhaupt die Entwicklung der Theologie. (Lebhafter Widerspruch aus dem Zentrum.) Die Herren scheinen mein Auffassungsvermögen nicht für genügend zu erachten (Heiterkeit). Ich glaube aber wohl verstanden zu haben, was in der letzten Zeit in der Öffentlichkeit erörtert worden ist, wenn ich auch ablehnen muß, auf Syllabus und Enzyklika an dieser Stelle im einzelnen einzugehen. Ich freue mich aber, wenn diese Seite des Hauses uns sagt, daß das nicht der Sinn dieser Verfügungen sein solle. Wir wollen uns, wie gesagt, auf die Scholastik im Einzelnen nicht einlassen; aber das werden die Herren doch auch der Regierungsbank gestatten, daß gewisse Zweifel darüber geäußert werden, ob in der Tat ein wahrhaft wissenschaftlicher Betrieb gegenüber solchen Schranken, wie sie da aufgerichtet worden sind, möglich ist. Aber das sind Dinge, die parlamentarisch sich nicht erörtern lassen, das sind — ich darf wohl sagen — weltgeschichtliche Vorgänge, die sich weiter entwickeln und weiter entwickeln werden, und bei denen vielleicht doch auch einmal trotz der bestimmten Ablehnung dieser Seite des Hauses eine Entwicklung kommt, durch welche die jetzige Lage überholt wird, eine Entwicklung, die vielleicht auch der Wissenschaft wieder freieres Feld einräumt, als das jetzt der Fall ist.

Wenn ich das Wort bezüglich dieses Gebietes ergriffen habe — ich habe mich in allgemeine Erörterungen verloren —, so geschah dies nicht, um meinen persönlichen Ansichten über die Grenze zwischen Dogma und Wissenschaft, über die Möglichkeit einer Lösung des Problems, des Streites zwischen Glauben und Wissenschaft, darzulegen, sondern es geschah lediglich, um die Stellung der Regierung speziell auch gegenüber der katholisch-theologischen Fakultät darzulegen. Und in dieser Richtung kann ich nur auch meinerseits wie vorhin bezüglich der Lernfreiheit mit Genugtuung konstatieren, daß Divergenzen auf diesem Gebiete bis jetzt nicht hervorgetreten sind, und ich möchte zugleich der Hoffnung Ausdruck geben, daß auch in Zukunft Divergenzen nicht hervortreten werden. Ich will nicht die Stellung der katholisch-theologischen Fakultät im einzelnen untersuchen, ich will nur auf eines hinweisen, was ja dem Hohen Hause bekannt ist: Eine gewisse eigenartige Stellung nimmt die kath. Theologie vornehmlich deshalb ein, weil die Berufung der Gelehrten seitens der Staatsregierung nicht eine vollkommen freie ist, sondern, wie auch in anderen Staaten, die eine katholisch-theologische Fakultät besitzen, durch historische Uebung und speziell bei uns in Baden durch eine staatsministerielle Entschliebung vom Jahre 1853

festgelegt ist in der Richtung, daß der Kurie gewisse Rechte bei der Berufung der Professoren eingeräumt sind. Diese Rechte sind respektiert worden und werden auch künftighin respektiert werden. Aber ebenso bin ich in der Lage, die bestimmte Erklärung abzugeben, daß die Regierung ihrerseits auch bezüglich der Professoren der katholischen Theologie die Rechte der freien Forschung und Lehre in Schutz nehmen wird, soweit dieser Schutz angerufen wird. Ich glaube, daß damit die Stellung der Regierung genügend dokumentiert ist, und ich möchte nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß die katholisch-theologische Fakultät auch künftighin sich als ein wertvoller und integrierender Bestandteil unserer gesamten Hochschule erhalten werde, daß die Regierung nicht in die Lage kommen möge, von den ihr zustehenden Rechten Gebrauch zu machen; zugleich wiederhole ich aber, daß die Regierung eintretendenfalls von diesen Rechten und von der Pflicht des Schutzes in jeder Richtung Gebrauch machen wird. (Beifall bei den Liberalen.)

Abg. Hrig (Dem.): Ich weiß nicht, ob man mit der Erklärung des Herrn Staatsministers, daß dieser Schutz der Dozenten der katholischen Theologie nur dann erteilt werden soll, wenn der Schutz der Regierung angerufen wird, zufrieden sein kann, oder ob nicht die Regierung die Pflicht hätte, unter gewissen Umständen von sich aus vorzugehen.

Ich will aber in diese Sache nicht näher eintreten, sondern mich anderen Dingen zuwenden. Die Erklärung der Regierung, soweit sie sich auf die Organisation unserer obersten Schulbehörde bezieht, haben wir gehört. Mit Bedauern sehen wir, daß man unseren Anträgen, wie es uns schon so oft ergangen ist, zurzeit noch nicht entsprechen zu können glaubt. Ich habe mich über diese Frage auf den beiden letzten Landtagen schon ausgesprochen, und will daher heute das nicht mehr wiederholen. Ich darf nur kurz noch das sagen, daß meines Erachtens für die Hochschulen bei der heutigen Organisation vollaus gefordert ist, daß aber die Mittelschulen dabei schon zu kurz kommen, und für die Volksschule gar nicht gefordert ist. Wir brauchen für sie ein selbständiges Unterrichtsministerium. Das ist meine volle Ueberzeugung.

Gefreut hat es mich, daß darauf hingewiesen worden ist, daß man ja manches, was minder wichtig ist und heute noch dem Oberschulrat zugehört, den Kreis-schulräten überweisen könnte. Das würde in gewissem Widerspruche mit der Behandlung dieser Herren im Gehaltstabelle stehen, deren Stellung dort, wie es mir scheint, ohne Grund und zum Schaden der Volksschule herabgedrückt ist. Es wird noch bessernde Hand anzulegen sein.

Ich will bei dieser Gelegenheit auch nicht auf die Frage zu sprechen kommen bezüglich der Lehrerfortbildung auf den Hochschulen, die Frage der Zulassung der Volksschullehrer zum Hochschulstudium. Ich kann das bei einem späteren Punkte wohl besser anbringen, und dort wird dann auch über die Frage zu reden sein, die gestern der Herr Kollege Kolb bezüglich der religiösen Erziehung unserer Volksschullehrer in den Seminarien angeregt hat.

Mit der Erklärung, die die Großh. Regierung bezüglich der Mannheimer Handelshochschule abgegeben hat, wird man dort wohl zufrieden sein können. Es ist Tatsache, daß man in Mannheim mehr die ideelle Förderung seitens der Großh. Regierung im Auge hat als die materielle. Kommt Zeit, kommt Rat; schließlich wird die Hochschule in Mannheim ihre

Notwendigkeit nicht nur für Mannheim, sondern auch ihren entsprechenden Nutzen für weitere Kreise des Landes doch so eklatant darlegen, daß auch seitens der Großh. Regierung mit entsprechenden weiteren Zuschlüssen nicht mehr wird gezögert werden können.

Als dankenswert muß ich es bezeichnen, daß die Großh. Regierung die Anregung aus diesem Hohen Hause bezüglich der Hochschulkurse für Volksschullehrer an der Heidelberger Universität gefördert hat, und daß auch meine weitere Anregung bezüglich der Urlauberteilung in dieser Richtung auf guten Boden gefallen ist.

Worüber ich heute ausführlicher sprechen möchte, ist eine Forderung, die ich auf dem letzten Landtage schon erhoben habe, nämlich die Forderung eines Lehrstuhls für Pädagogik an einer unserer badischen Hochschulen. Ich verstehe darunter natürlich keinen Lehrstuhl für konfessionelle Pädagogik, sondern einen solchen, welcher der philosophischen Fakultät angegliedert wird.

Die Forderung, daß die Pädagogik an unseren Hochschulen gepflegt werden solle, ist schon eine sehr alte. Ich glaube, im 18. Jahrhundert schon hat der Pädagoge Trapp diese Forderung erhoben; eigentümlicherweise hat er damals die Pädagogik der medizinischen Fakultät zu gewiesen. Später waren es dann vorzugsweise die Philosophen an unseren Universitäten, die pädagogische Vorlesungen gehalten haben. Zunächst Kant in Königsberg; später, im Anfang des vorigen Jahrhunderts, insbesondere der hervorragende Pädagoge Herbart, der zuerst in Göttingen und später mit Unterstützung Wilhelm v. Humboldts in Königsberg so zu sagen im Hauptamt über Pädagogik gelesen hat. Es haben dann in der Folge zwei indirekte Schüler dieses Philosophen, Stoy in Jena und Ziller in Leipzig, diese Bestrebungen weiter fortgesetzt, und aus der letzten Zeit wäre insbesondere Rein in Jena zu nennen. Rein ist dort aber nicht etwa Ordinarius, sondern er ist Honorarprofessor, wie überhaupt in letzter Zeit, auch an anderen Hochschulen in Preußen solche Professuren für Honorarprofessoren der Pädagogik eingerichtet worden sind; meines Wissens ist bis jetzt die einzige ordentliche Professur für Pädagogik in Berlin errichtet.

Bei uns in Baden werden die Vorlesungen über Pädagogik wie an den meisten sonstigen Hochschulen im Nebenamt gehalten; bald gehören die Dozenten der theologischen, bald der philosophischen Fakultät an; bald haben sie einen Lehrauftrag dazu, teils geschieht es auch aus Neigung und Interesse an dieser Wissenschaft. Hier in Karlsruhe hat unser jetziger Oberschulratsdirektor, der ein bekannter und hervorragender Pädagoge ist, bis in die neuere Zeit herein pädagogische Vorlesungen gehalten. Aber eine einheitliche und insbesondere eine umfassende Bearbeitung dieser Materie ist noch nicht vorhanden.

In Bayern ist man in dieser Sache bereits etwas weiter gekommen. Man hat dort schon vor vier Jahren im Landtag diese Angelegenheit besprochen und der bayerische Staatsminister hat damals erklärt, es werde die Errichtung einer eigenen Professur an einer der Landesuniversitäten nicht mehr allzulange zurückgestellt werden können. Vor zwei Jahren, im Jahre 1906, hat dann die liberale Vereinigung im bayerischen Abgeordnetenhaus einen Antrag eingebracht, der an erster Stelle den Namen des bekannten Pädagogen Dr. Andreae-Kaiserslautern trägt, und der forderte, daß die Großh. Regierung der Frage der Errichtung von Professuren der Pädagogik näherzutreten möge; dieser Antrag fand einstimmige Annahme. Wenn ich

recht unterrichtet bin, ist wenigstens an einer Universität bereits eine solche Professur errichtet.

Was die Pädagogik im allgemeinen betrifft, so möchte ich Ihnen darüber selbstverständlich keine Vorlesung halten, sondern ich muß mich da auf einzelne Bemerkungen beschränken. Es geht mit der Pädagogik so ähnlich, wie es vielen Leuten mit der Medizin geht. Wenn einer vielleicht längere Zeit oder gar wiederholt krank gewesen ist, spricht er gerne darüber, und man macht nicht selten die Erfahrung, daß der Betreffende nun glaubt, in alle Geheimnisse der Medizin eingeweiht zu sein. Bei der Pädagogik ist es etwas Ähnliches. Wir alle sind auf der Schulbank gesessen und haben dort Erfahrungen gemacht, wir waren vielleicht auch an verschiedenen Schulen und haben da Manches gesehen und gehört, und glauben nun infolge dessen auch ein zutreffendes Urteil über Erziehung und Unterrichtslehre zu haben. Das ist aber ein großer Irrtum, der, sobald man der Sache näher kommt, deutlich vor Augen tritt.

Auf eines will ich dabei zu sprechen kommen, auf das schon oft hingewiesen worden ist und was jedem Laien sofort klar sein muß. Im Laufe der letzten Zeit hat sich der Lehrstoff, insbesondere in den realen Wissenschaften, ganz riesig angehäuft. Die Fassungskraft der Schüler ist in dieser Zeit aber keineswegs gewachsen. Als Folge dieser Ueberhäufung mit Stoff und des dadurch bedingten Unterrichtsbetriebes ist nun eine gewisse Nervosität schon der Schüler eingetreten, und manche Krankheiten werden darauf zurückgeführt. Es ist einleuchtend, daß wir schon aus diesem Grunde bessere Methoden suchen und finden müssen, um eben den Schülern das Lernen zu erleichtern.

Dann haben aber auch die Hilfswissenschaften der Pädagogik, nämlich Ethik und Psychologie, in den letzten Jahrzehnten eine ganz bedeutende Förderung erfahren. Aber die Ergebnisse dieser Wissenschaften sind heute für die Pädagogik noch nicht in der Weise ausgebeutet und nutzbar gemacht, wie das wünschenswert ist. Ich denke da nicht etwa speziell nur an die experimentelle Pädagogik, die ein umstrittenes Gebiet ist; doch darf ich vielleicht ein Wort auch darüber sagen. Wir haben ja gerade in einem hiesigen Seminarlehrer einen Herrn, dessen Name in dieser Beziehung weithin einen guten Klang hat, dessen Werte nicht nur in Baden und Deutschland verbreitet, sondern auch in eine ganze Reihe fremder Sprachen übersetzt sind, und dessen Arbeiten auf diesem Gebiet jedenfalls eine ziemliche Beachtung gefunden haben. Ich wäre der Großh. Regierung nun dankbar dafür, wenn sie den Studien dieses Herrn einigermaßen fördernd unter die Arme greifen wollte, und ich kann für meinen Teil nur wünschen, daß sie das auch fernerhin in ausgiebigem Maß tun möge, obwohl ich meinerseits glaube, daß die Ergebnisse, die diese experimentelle Pädagogik zeitigt, vielleicht mehr der Psychologie als der Pädagogik selber zugute kommen. Immerhin scheint mir die Arbeit auf diesem Gebiete ein Bestreben zu sein, das alle Förderung verdient.

Das Gebiet der Pädagogik ist ein außerordentlich weit-schichtiges. Es umfaßt natürlich nicht bloß die allgemeinen Unterrichtsgrundsätze, die pädagogischen Theorien; es kommt da ferner auch das Gebiet der speziellen Methodik, der Unterrichtspraxis, dazu, und da kann ich mir freilich eine Professur für Pädagogik nur in Verbindung mit einem Seminar und einer Übungsschule denken, denn ohne eine solche Übungsstunde stünde ein Professor der Pädagogik da wie ein Mediziner ohne Klinik.

Am besten ist vielleicht in den letzten Jahren noch das weitere Gebiet der Geschichte der Pädagogik

bearbeitet worden. Man hat nun gegen eine eigene Professur für Pädagogik schon oft deswegen Einwendungen erheben zu können geglaubt, weil das Gebiet der Pädagogik ein so weitläufiges sei; es eigne sich wenig zur Behandlung durch einen einzelnen Mann. Ein solcher Einwand mag eine gewisse Berechtigung haben. Allein es ist doch anzunehmen, daß auch auf diesem Gebiete sich bald Spezialisten ausbilden würden; die Materie, die der Eine nicht behandeln würde, könnte vielleicht der Andere intensiver erforschen; es wäre vielleicht ähnlich wie mit der Geographie, die sich in dieser Richtung am besten mit der Pädagogik vergleichen läßt.

Ueber den praktischen Zweck eines Lehrstuhls für Pädagogik möchte ich mich nicht im einzelnen verbreiten. Ich habe ja auf dem letzten Landtag einiges darüber gesprochen, ich habe insbesondere seine Bedeutung für die Ausbildung unserer Seminarlehrer und unserer Schulaufsichtsbeamten hervorgehoben; man könnte aber ebenso auch seine Bedeutung für die Lehrer der Mittelschulen hervorheben, und ich glaube, daß diese Einrichtung auch für die Geistlichen als Religionslehrer in Betracht kommen könnte.

Bekannt ist, daß im allgemeinen sich die Fakultäten ablehnend oder wenigstens nicht sehr entgegenkommend gegen diese Forderung verhalten. Es ist das auffallend. Währenddem sonst ähnliche Anregungen ja gewöhnlich von den Fakultäten selbst ausgehen, bereiten sie hier Hindernisse. Es scheint, daß in dieser Beziehung bei den Universitäten noch gewisse Vorurteile herrschen, die sich schwer überwinden lassen. Aber unter den Schulmännern herrscht wohl darin Uebereinstimmung, daß pädagogische Lehrstühle ein dringendes Bedürfnis aus allgemeinen, schon aus der Entwicklung des gesamten Schulwesens hervorgehenden Gründen sind.

Es ist von dem Herrn Minister auf dem letzten Landtage ja auch eine freundliche Stellung zu dieser Frage eingenommen worden. Er hat damals betont, daß auch wir zu der Errichtung von ordentlichen Professuren für Pädagogik einmal werden übergehen müssen, nur scheint ihm der Zeitpunkt dafür noch nicht gekommen. Nun, jedenfalls sind wir diesem Zeitpunkt in der Zwischenzeit um zwei Jahre näher gerückt. Aber was damit gesagt ist, ist nicht viel. Ich möchte nun aber doch auch darauf hinweisen: Wir in Baden sind in mancher Beziehung früher wenigstens nicht gewöhnt gewesen, darauf zu sehen, was andere Staaten machen. Es war eigentlich gute altbadische Tradition, daß wir eben in solchen Fragen vorangingen. Wenn auch zugegeben werden muß, daß wir mit drei Hochschulen für unser verhältnismäßig kleines Land etwas stark belastet sind, so halte ich doch gerade diesen Zweig für außerordentlich wichtig, viel wichtiger als manchen andern. Man kann doch eine Professur für Pädagogik schließlich nicht mit einer Professur für irgendwelche alte Sprachen, die an und für sich auch recht wichtig sein mögen, vergleichen. Jedenfalls ist nach meiner Auffassung die Erforschung der Kinderseele überhaupt und die weitere Bearbeitung der Grundsätze über Erziehung und Unterricht etwas so Wichtiges, daß ich den Zeitpunkt für sehr wohl gegeben erachte, daß die Großh. Regierung nun an diese Frage herantritt. Ich kann also meinerseits nur wünschen, daß die Großh. Regierung sich mit der Frage näher befassen möge und daß wir im nächsten Landtage einer Anforderung in dieser Richtung begegnen (Beifall! bei den Liberalen und Demokraten).

Abg. Dieterle (Centr.): Ich hatte vor, nur zu wenigen Punkten des Budgets einige Bemerkungen zu machen.

Allein im Laufe der Diskussion sind verschiedene Ausführungen gemacht worden, die einige Worte erfordern.

Der Herr Berichterstatter hat hervorgehoben, daß in unserem Lande keine begründete Gefahr für die Freiheit der Wissenschaft und der Forschung vorhanden sei, und der Herr Staatsminister hat es vorhin ebenfalls bestätigt. Ich kann diesem nur vollständig beipflichten. Die Befürchtungen, die von verschiedenen Rednern in dieser Hinsicht geäußert worden sind, sind zum voraus schon von meinem Freunde Kopf gewürdigt worden. Es ist ihnen der Boden unter den Füßen weggezogen worden.

Ganz einverstanden kann ich mich mit dem Herrn Abg. Seimbürger erklären, wenn er sagt, zum Wesen der Wissenschaft gehöre, die Wahrheit zu suchen; und wenn er für den Forscher das Recht in Anspruch nimmt, das als Wahrheit Erkannte auch als Wahrheit zu verkünden, so wird er es mir nicht übel nehmen, wenn auch ich für meinen Standpunkt dieses nämliche Recht betone und reklamiere. Er betonte aber dieses Recht gerade im Gegensatz zu dem, was der Herr Abg. Kopf von unserem Festhalten am Dogma gesagt hat. Allein, muß Herr Seimbürger nicht zugeben, daß vieles, was gestern als Wahrheit verkündet wurde, heute schon als bloße Hypothese verworfen wird? Das, was ein Forscher als Wahrheit für sich in Anspruch nimmt, wird von dem andern als Irrtum bezeichnet. Die Studien des Herrn Abg. Seimbürger und das, was er in seinem Leben selber gesehen hat, müssen ihm doch diese Ueberzeugung bringen. Zuerst hat man einem Darwin zugejubelt; dann hieß es: Hartmann ist unser Mann, und bald darauf: Nietzsche ist der Held! So wurde einer um den andern abgetan. Jedes fernere System hat das vorausgegangene als unrichtig bezeichnet und auch in vielen Beziehungen als unrichtig nachgewiesen, und nichts ist geblieben, als der Zweifel! Ich meine nicht den wissenschaftlichen Zweifel, sondern jenen Zweifel, der das Herz beengt und das nach Wahrheit dürstende Herz manchenmal so sehr zermartert. Und mitten in diesen brandenden Wogen der Meinungen und der Ungewißheit erkennen wir den unverrückbaren Felsen der Wahrheit in den Prinzipien des Christentums, in den geoffenbarten Wahrheiten. Dieser Fels mitten in den brandenden Wogen, er ist auch schon früher für manchen ehrlich Suchenden und Ringenden der Leuchtturm geworden, der ihm den Weg zu den Gestaden des Friedens wieder gezeigt hat!

Man glaubt, sagen zu können oder sagen zu müssen, daß die Annahme dieser Prinzipien etwas schweres sei, vielleicht gar etwa des Menschen weniger würdiges. Die Annahme dieser Prinzipien ist aber nicht ein schweres Joch, sondern ein Bewußtsein, die Wahrheit, und zwar die unverrückbare Wahrheit zu haben, und dieses Bewußtsein macht glücklich. Aber davon, daß, wie der Herr Staatsminister vorhin gesagt hat, mit der Scholastik die Entwicklung der theologischen Wissenschaften aufgehört habe, ist keine Rede, und wenn er weiter gesagt hat, dann müsse er sich in der Auffassung dieser Dinge getäuscht haben, so hat er allerdings darin vollständig recht (Sehr gut! im Zentrum). Es ist das Studium der Scholastik empfohlen worden und insbesondere das Studium des großen Aquinaten. Aber der große Aquinate hat, bevor er seine Bücher schrieb, bevor er seine Philosophie schriftlich niedergelegt hat, die heidnische Philosophie, die jüdische Philosophie und dann die christliche Philosophie studiert und darauf dann sein herrliches Werk geschaffen. Auf diesem gründend hat die theologische Wissenschaft weitergebaut und baut auch heute weiter wie seit den Jahrhunderten, die seit dem großen Aquinaten vergangen sind.

Diese positiven Wahrheiten sind für uns kein Gemmis im Studium und im Forschen, sondern vielmehr ein Förderungsmittel. Gält denn der unfundige Alpensteiger den kundigen Führer für ein Hindernis? Gewiß nicht! So ist auch das, was Sie als gebundene Marschroute bezeichnen, für den Höhenwanderer zu den himmelanragenden Firnen, vor denen sich die gewaltigen Gefilde der Wahrheit ausdehnen, Wegweiser und Wegschränke, die nicht hindern, sondern behüten und schützen vor dem Abfall in den Irrtum. Die Wahrheit ist nur eine. Es kann nicht zugleich etwas wahr sein und dessen Gegenteil zugleich auch wahr sein. Derselbe aber, der die Quelle der positiven Wahrheit ist, hat auch in die Natur die Gesetze, und in die Materie die Kräfte hineingelegt, und deswegen kann zwischen diesen Gesetzen und der positiven Wahrheit, welche aus der nämlichen Quelle geflossen sind, kein Zwiespalt sein. Man lausche nur der Natur ihre Gesetze ab, man erforsche die Kräfte, die in dieselbe hineingelegt worden sind! Wir begrüßen es, man mache alles dies der Menschheit dienstbar. Wir sehen darin den Sieg des Geistes über die Materie, wie sehen darin die Erfüllung des Bibelwortes: „Herrschet über die Erde und macht sie euch untertan.“ Und darum ist das Studium der Natur, das Forschen in den exakten Wissenschaften uns nicht etwa zuwider, nein, wir selber betreiben es und wir begrüßen es, felsenfest davon überzeugt, daß, wenn vielleicht auch momentan ein Widerspruch zwischen den exakten Wissenschaften und der positiven Wahrheit auftritt oder aufzutreten scheint, dieser Widerspruch bei weiterem, redlichen Forschen sich lösen wird. Das ist unsere felsenfeste Ueberzeugung. Ich sage: Bei redlichem, vorurteilsfreiem Forschen. Denn wer nur forscht, um Gegensätze zu entdecken, der wird natürlich keine Harmonie finden.

Der Herr Abg. Rebmann hat das wissenschaftliche Streben des Collegium sapientiae und andere derartige Bestrebungen anerkannt und begrüßt. Das Beispiel mit dem Rutscher hat er aber wohl ziemlich unglücklich gewählt. Denn das muß er doch selber zugeben: Wenn der Rutscher sieht, daß das Fuhrwerk einem Abgrund entgegengeht, dann muß er rechtzeitig, wenn auch vielleicht etwas unsanft, in die Zügel fallen und das Gefährte zurückerheben.

Mit der von ihm vorgetragenen Theorie von der Lernfreiheit wird, denke ich mir, der Geldbeutel mancher Eltern und werden auch manche Examinatoren nicht sehr zufrieden sein. Dabei möchte ich auch berühren, daß die unverhältnismäßig große Ausdehnung der Ferien an den Universitäten sich zu einem Uebelstand ausgewachsen hat, der manchmal für Studenten, manchmal für deren Eltern und insbesondere dann zu Verlegenheiten wird, wenn so ein Student überhaupt kein Heim mehr hat.

Der Herr Abg. Kolb hat mit den Erörterungen über die Lehrfreiheit die Regierungsverordnung über die Regelung des Religionsunterrichts und der religiösen Übungen an den Lehrerseminarien in Verbindung gebracht und Beschwerde darüber erhoben, daß die Zöglinge zu solchen religiösen Übungen angehalten werden. Das scheint also auch gegen die Freiheit der Wissenschaft zu sein! Allein das kann ich dem Herrn Abg. Kolb doch sagen: Freigeisterei ist noch lange nicht Wissenschaft! Es ist ganz merkwürdig, er verurteilt die Annahme der Dogmen des Christentums, verlangt aber bei jeder Gelegenheit den Glauben an die Dogmen der Sozialdemokratie; er verargt Anderen, wenn sie eintreten für christliche Schulen und auch etwa für konfessionelle Schulen, und glaubt, allein das Recht zu haben, religionslose Schulen verlangen zu dürfen, das Recht zu haben, nur für diese einzutreten. Allein, wie

er für sich das Recht in Anspruch nimmt, für diese Schulen Propaganda zu machen, so muß er, wenn er billig sein will, auch allen Anderen das Recht einräumen, für andere Schulen Propaganda zu machen und auch in jeder Weise für dieselben einzutreten, wann und wie sie es für gut finden. Er bekämpft die Entfaltung des religiös-kirchlichen Lebens in den Lehrerseminarien. Davon darf der Herr Kollege Kolb aber überzeugt sein: Wenn die Seminarien nach seinem Geiste und nach seinen Vorschlägen eingerichtet würden, könnten wir die Position für den Neubau von Seminarien streichen! Denn katholische wie evangelische Eltern würden ihre Söhne in solche Seminarien nicht mehr schicken. In richtiger Würdigung dessen hat deswegen die Großh. Regierung ganz mit Recht diese Verordnung erlassen.

Nach diesen Erörterungen möchte ich noch auf zwei Punkte zu sprechen kommen. Der eine betrifft die Pflege des Italienischen an unseren Hochschulen. Tatsache ist, daß in unser Land jährlich viele Tausende von italienischen Arbeitern kommen; Tatsache ist ferner, daß ebenso der Geistliche, wie der Jurist und der Mediziner manchmal ganz unvermittelt mit diesen Leuten zu tun bekommen. Wie wünschenswert wäre es da, daß man sich auch sofort mit ihnen sprachlich verständigen könnte! Ich weiß wohl, in einigen wenigen Stunden kann eine Geläufigkeit im Italienischen nicht erworben werden. Aber es bringen doch manche Studenten bei ihrem Eintritt auf die Universität schöne Vorkenntnisse mit und Andere könnten wenigstens die Grundlage legen, um dann später bei einer Reise in das Land der Kunst diese Geläufigkeit sich auch zu erwerben.

Der andere Punkt betrifft das Krebsinstitut in Heidelberg. Es heißt in dem Bericht: „Die Summe der für das Krebsinstitut geschenkten Beträge beläuft sich auf Ende des Jahres 1907 auf 846 696 Mark.“ Ich glaube, es ist billig, den edlen Schenkgebern für dieses hochherzige Werk öffentlich den Dank auszusprechen. Handelt es sich doch um Hilfeleistung bei einem Leiden, das für die Betroffenen, wie auch gewöhnlich für die Umgebung derselben, etwas geradezu Schreckliches ist, aber auch um ein Leiden, das in unheimlicher Weise sich zu steigern scheint. Ich stelle im Kapitel Waldshut regelmäßig am Schlusse eines Jahres die hauptsächlichsten Todesursachen der Verstorbenen zusammen, und es treten dabei außerordentlich interessante Erscheinungen zutage. Den größten Prozentsatz haben im vergangenen Jahre wie auch in anderen Jahren schon die Schlagflüssigen gebildet, nämlich 10 Prozent der Verstorbenen, aber nach ihnen hat eine besonders große Zahl an Todesfällen gerade der Krebs leider verursacht. Es sind von 443 23 Personen an Krebs gestorben; der Prozentsatz des vergangenen Jahres ist dabei noch ein verhältnismäßig geringer, in verschiedenen anderen Jahren war er in dem Kapitel, das doch im ganzen eine gesunde Gegend umfaßt, noch ein größerer. Es ist deswegen gewiß zu bedauern, daß über die wenig günstige Frequenz des Samariterhauses in Heidelberg geklagt werden muß, wie das im Bericht niedergelegt ist. Aber auch ich glaube, daß, wie das ebenfalls im Bericht hervorgehoben wird, diese Erscheinung in dem Nichtbekanntsein der trefflichen Einrichtungen dieses Institutes seinen Grund hat. Ich möchte deswegen anregen, daß zum Zwecke weiterer Bekanntheit Prospekte gefertigt und hinausgegeben werden, aus denen die Aufnahmebedingungen, insbesondere die Aufnahmebedingungen für arme Kranke ersichtlich sind. Diese Prospekte könnten dann nach meiner Ansicht am süglichsten an die Pfarrämter des Landes verschickt werden, weil die Geistlichen bei ihren Krankenbesuchen in die einzelnen Familien hineinkommen und da zweckdienlichen Rat bezüglich der Aufnahme in dieses gewiß zu be-

grühende Institut und dessen Nutzen und Segen erteilen können.

Abg. Mohrhurst (natl.): Der lebhaften Anerkennung, welche der Herr Kollege Wildens der Großh. Regierung für die umsichtige und nicht kargende Fürsorge, die sie unserer Heidelberger Universität hat angebeihen lassen, ausgesprochen hat, schließe ich mich sehr gern an, nicht nur hinsichtlich dessen, was die Großh. Regierung getan hat, um der Universität Heidelberg hervorragende Lehrkräfte zu erhalten und zu gewinnen, sondern auch hinsichtlich der reichen Ausstattung, die das vorliegende Budget sowohl für den persönlichen wie für den sachlichen Aufwand wieder zeigt. Es war für unsere Heidelberger Universität keine kleine Sorge, als innerhalb weniger Jahre hervorragende Vertreter der Wissenschaft teils der vis major des Todes, teils dem Gebote des Alters, teils einem Ruf an eine andere Universität folgend, nacheinander aus dem Lehrkörper der Universität ausschieden, hervorragende Lehrkräfte, deren Namen weit über die Grenzen unseres deutschen Vaterlandes bekannt waren, und die für unsere Universität Heidelberg Anziehungspunkte gewesen sind. Dank der geschickten und glücklichen Hand und der Liberalität unserer Regierung sind die Lücken rasch wieder ausgefüllt worden, die dieser Abgang hervorragender Gelehrter in den Lehrkörper gerissen hatte. Ich hoffe, daß auch die im Augenblick durch den Abgang eines hervorragenden Forschers nach Berlin freigewordene Stelle ebenfalls in verhältnismäßig kurzer Zeit wieder besetzt werde, und daß auch hier das von dem Herrn Staatsminister erwähnte gute Einvernehmen, das bis jetzt zwischen den Fakultäten und der Regierung bestanden hat, vormalten wird. Jedenfalls können wir der Großh. Regierung nur unsere Anerkennung dafür aussprechen, daß sie bisher in der Besetzung der Stellen bestrebt gewesen ist, mit den Fakultäten, soweit es nur irgendwie möglich war, Hand in Hand zu gehen, und der Kenner der Verhältnisse wird mir bestätigen, daß dadurch das Interesse der Universität, das Interesse der Wissenschaft gefördert worden ist.

Aus der Erklärung des Herrn Staatsministers, er wolle auch in Zukunft die Blüte der Universität fördern, entnehme ich die Hoffnung, daß ein Wunsch, der auch von mir früher schon vertreten wurde, und der von den verschiedensten Seiten des Hauses wiederholt auf den Landtagen ausgesprochen worden ist, sich erfüllt, nämlich der Wunsch nach der Einrichtung einer laryngologischen Klinik. Ich würde es auf das allerliebteste begrüßen, wenn dem derzeitigen verdienstvollen Forscher und Vertreter dieser Seite der Wissenschaft endlich die Genugtuung zuteil würde, in zweckmäßigen und neuen Räumen, wie sie auch für andere Zweige der Wissenschaft in ausreichendem Maße und schöner Form erstellt worden sind, noch manches Jahr seine Wirksamkeit entfalten zu können.

Unter den neuen Herstellungen an unserer Universität ist mit besonderer Freude die Errichtung einer akademischen Lesehalle begrüßt worden. In den Parterreräumen der alten Bibliothek zweckmäßig, einfach und schön erstellt, entspricht sie einem langgehegten Bedürfnis unserer akademischen Jugend; es ist insbesondere auch zu begrüßen, daß der Zugang auch weiteren Kreisen um ein verhältnismäßig geringes Entgelt ermöglicht worden ist. Es wird diese Lesehalle, in der Zeitschriften schöngeistiger und wissenschaftlicher Art, in der vor allen Dingen Zeitungen aller politischen Parteien in großem Umfange aufgelegt sind, mit dazu beitragen, das Verständnis und das Interesse für politische Dinge in den Kreisen unserer akademischen Jugend zu wecken und zu fördern und die Gleichgültigkeit, gegenüber der Politik

des Tages, über die aus den Reihen der Parteien vielfach geklagt worden ist, zu überwinden.

Ein warmes Wort möchte ich für unsere Luise-Heilanstalt, deren schlimme Lage die Herren Abgg. Dr. Wildens und von Mensingen dargelegt haben, einlegen. Daß diese Anstalt für unsere Universität und für die Heranbildung der künftigen Ärzte von Wichtigkeit, daß sie für die weitesten Kreise der Bevölkerung unseres Landes ein Segen ist, das ergibt sich aus den Zahlen über den Besuch und über die Aufnahme von Kranken in der Anstalt. Im Jahre 1906 betrug die Gesamtzahl der Behandelten 5123, von diesen waren 1097 stationär, 4026 ambulant; die Summe der Verpflegungstage betrug 26 048. Von den Stationären war nur ein verhältnismäßig kleiner Teil aus dem Umkreise Heidelbergs selbst, die übrigen Patienten kamen aus anderen Kreisen des Landes, Mannheim, Mosbach, Karlsruhe, einzelne auch aus Hessen und der benachbarten Rheinpfalz. Es ist ein erfreuliches Zeichen, daß von diesen stationären Kranken ein großer Teil aus der Anstalt als geheilt entlassen werden konnte, von 1026 insgesamt 615; 189 wenigstens konnten als gebessert aus der Anstalt entlassen werden. Daß die Sterblichkeitsziffer immerhin 13 Prozent beträgt, rührt nach dem Jahresbericht daher, daß die Patienten nicht frühzeitiger, nicht in einer Zeit in die Anstalt eingeliefert würden, zu der es dem Arzte noch möglich wäre, helfend und rettend einzugreifen. Diese nackten Zahlen sprechen berechtigt von wiedergewonnenem Glück und wiedergewonnener Freude weitester Kreise der Bevölkerung; handelt es sich doch um Kinder, um das größte Glück, das uns Eltern gegeben ist; wer einmal für das Leben eines Kindes in bangen Stunden sich gesorgt und sich geängstigt hat, der weiß, was es heißt, sein Kind einer solchen Anstalt und den tüchtigen Kräften einer solchen Anstalt anvertrauen und es aus den Händen der Ärzte gerettet und geheilt wieder zurückempfangen zu können.

Aber das ist nicht das Einzige, was diese Anstalt leistet. Sie gibt jetzt aus besonders dazu eingerichteten Milchküchen täglich etwa tausend Flaschen verschiedenartiger Kindernahrung ab und sie bekämpft damit die leider noch soweit verbreitete Sterblichkeit der Säuglinge. Sie bildet in ihrer Anstalt in regelmäßigen Kursen ein Pflegerinnenpersonal aus, dabei, wie es in dem Jahresbericht des Jahres 1906 heißt, „geleitet von der Absicht, dem sich in zahlreichen Anfragen immer lebhafter äußern den Bedürfnis nach geschulten und ausgebildeten Kinderpflegerinnen nachzukommen. Sie tut dies, um einen Stand von Pflegerinnen heranzubilden, die dann helfend und rettend da eingreifen, wo die Pflege innerhalb der Familie versagt, die ebenso ähnlich geleiteten Anstalten, ähnlichen Zwecken dienenden Instituten ihre Kräfte und Erfahrung zur Verfügung stellen.“ Eine Anstalt mit solchen Zwecken, mit solchen Aufgaben verdient das Interesse der weitesten Kreise der Bevölkerung, und es wäre auf das allerliebteste zu bedauern, wenn aus finanziellen Gründen die Anstalt ihren Wirkungskreis einschränken müßte. Es wäre lebhaft zu bedauern, wenn dem derzeitigen Leiter der Anstalt, dem trefflichen Arzte und warmherzigen Kinderfreunde, der Wirkungskreis verengt würde darum, weil nicht die nötigen Mittel vorhanden wären, die Anstalt in ihrer bisherigen Ausdehnung zu erhalten. Ich möchte der Großh. Regierung die herzlichste Bitte aussprechen, soweit ihr Mittel zur Verfügung stehen, mit dazu beizutragen, daß die Anstalt die gegenwärtige finanzielle Krisis überwindet, daß ihr Bestand in vollem Umfang auf die Dauer gesichert wird. Die Großh. Regierung wird dann gewiß den Dank vieler, vieler be-

*

glücklicher Eltern und geheilter Patienten finden, und der schönste Dank ist eben doch der, der aus Kinderaugen uns entgegenleuchtet.

Die Assistentenfrage ist in diesem Hause nach meinem Dafürhalten zur Genüge erörtert, und ich will mich darauf beschränken, mich den Wünschen anzuschließen, die hier ausgesprochen worden sind. Darin wird man dem Herrn Staatsminister wohl recht geben können, daß es nicht Aufgabe der Regierung und der Universität sein kann, alle Elemente zu halten, die einmal in ihren Kreis getreten sind, sondern daß sie bestrebt sein muß, daß nur die tüchtigsten wissenschaftlich hervorragenden Männer dauernd für die Universität gewonnen werden.

Herr Kollege Dieterle hat gemeint, daß die Ferien unserer Universitäten verkürzt werden sollten, und er hat da zum Beweise seiner Behauptung vor allem auf die Studenten hingewiesen, denen ein eigenes Heim in den Ferien sich nicht erschließt. Ich kann dem nicht zustimmen, nicht im Interesse der Dozenten, die ihrer Ferien dringend bedürfen, vor allem um ihre wissenschaftliche Studien zu fördern, auch nicht im Interesse unserer Studierenden, für die eben doch die Ferien in erster Reihe die Zeit ist, in der sie das während des Semesters Gehörte nun auch verarbeiten und verwerten.

Dankbar bin ich dem Herrn Abg. Dieterle für die warmen Worte, die er für das Samariterhaus in Heidelberg gefunden hat, und der Vorschlag, den er gemacht hat, wird wohl einer Prüfung unterzogen werden können. Es wird übrigens nach meinem Dafürhalten das Institut über die Lage, in der es sich jetzt noch durch geringeren Besuch befindet, hinwegkommen. Je mehr in weiteren Kreisen der Bevölkerung bekannt wird, in welcher trefflicher Weise das Institut eingerichtet ist, wie es mit allen Mitteln, welche die Wissenschaft, welche die Hygiene heute an die Hand gibt, ausgestattet ist, wie trefflich es durch seine Anstaltsärzte und durch den derzeitigen Leiter geleitet und versorgt ist, desto mehr wird auch das Vertrauen weitester Kreise der Bevölkerung wachsen, hier in diesem Institut wenn möglich Heilung oder wenigstens Erleichterung von dem schweren Leiden zu finden, das sie befallen hat.

Nur noch ein kurzes Wort zu einem Thema, das Herr Kollege Kopf gestern angeschnitten hat. Herr Kollege Kopf hat dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß der Wissenschaft, der freien Forschung keine Grenzen nach irgend einer Richtung gezogen werden sollten. Nur für die Theologie hat er hier eine Ausnahmestellung beansprucht. Er war der Meinung, daß die Theologie in ihren Forschungsergebnissen an dem Dogma eine Grenze habe, daß sie unter allen Umständen der Lehrautorität der Kirche, die mit göttlicher Unfehlbarkeit ausgestattet sei, sich zu unterwerfen und ihre Resultate von ihr eventuell korrigieren zu lassen habe. Herr Kollege Kopf hat mit diesen Anschauungen meines Erachtens nur den Standpunkt seiner Kirche in korrekter Weise vertreten. Wenn das Dogma einmal eine geoffenbarte göttliche Wahrheit ist, wenn das Lehramt der Kirche eine göttliche, mit Unfehlbarkeit ausgestattete Institution ist, für den ergibt sich nach meinem Dafürhalten mit Notwendigkeit auch die Pflicht, die Ergebnisse seines eigenen Forschens und Denkens dieser Autorität, dieser göttlichen Wahrheit zu unterstellen. Es erfordert die Billigkeit, anzuerkennen, daß solche Anschauungen nicht allein innerhalb der katholischen Kirche, daß sie wenn auch nur in engen Kreisen unserer evangelischen Kirche da und dort einmal laut werden, und der Buchstabe des Bekenntnisses oder der hl. Schrift als Lehrautorität ange-

sehen wird, der die theologische Forschung sich zu unterstellen habe. Es erfordert die Billigkeit, anzuerkennen, daß solche Anschauungen einem in manchen Kreisen unseres Volkes vorhandenen Bedürfnis entsprechen, einem Bedürfnis nach festen und bleibenden Wahrheiten und Werten, ohne die das Leben des festen Grundes entbehre. Ob diese Anschauungen richtig sind oder nicht, darüber allerdings heute und an diesem Orte und zu dieser Stunde mit Herrn Kollegen Kopf zu rechten, ist nicht meine Aufgabe. Ob die katholische Kirche diesen Standpunkt, den sie heute mit größerer Schärfe und Entschiedenheit vertritt als in vergangenen Zeiten, als insbesondere in den Zeiten zu Beginn des 19. Jahrhunderts, ohne eigene Schädigung, ohne Schädigung auch wahrer und tiefgehender religiöser Interessen festhalten kann, ob vor allem deutsche Frömmigkeit, deutsche Wissenschaft angesichts der großen Opfer, die dieser Standpunkt verlangt — wir haben erst in kürzester Zeit solche Erfahrungen gemacht —, dauernd ihn vertreten kann, ist eine Frage, über die die Zukunft, eine nicht mehr allzu ferne Zukunft entscheiden wird. Jedenfalls darf, wer auf diesem Standpunkt steht, sich immer und immer wieder darauf gefaßt machen, daß die Frage aufgeworfen wird, ob denn die Theologie, der solche enge Schranken gezogen sind, eine Wissenschaft ist oder nicht, ob sie an unseren Universitäten eine Existenzberechtigung hat oder ob sie nicht einen Fremdkörper bildet, den die Universitäten ausschleiden müssen, der sich darauf gefaßt machen, daß die Forderung immer und immer wieder gestellt wird, daß die Ausbildung unserer Theologen von der Universität entfernt und in besondere Erziehungsanstalten, in besondere Seminarier verlegt wird.

Ich würde es auf das lebhafteste bedauern, wenn es dahin käme, daß unsere Theologen, katholische und evangelische, nicht mehr an der Stätte ihre wissenschaftliche Ausbildung erfahren, an der alle anderen Gebildeten der Nation sie holen, wenn sie ausgeschlossen würden von dem großen Strome des Wissens und Denkens, der durch unser deutsches Volk hindurchgeht. Jedenfalls wird der Regierung dadurch auch ershwert, den Standpunkt festzuhalten, auf den vorhin der Herr Staatsminister unter unserer Zustimmung sich gestellt hat, daß die katholisch-theologischen Fakultäten wesentliche Bestandteile unserer Universitäten bleiben sollen.

Die Anschauungen des Herrn Kollegen Kopf gelten nur für die katholische Theologie, nicht aber für die evangelische. Diese hat das Recht freier Forschung und beansprucht es auch für alle Zukunft, das Recht, daß sie in ihrem Streben nach Wahrheit nicht durch irgendwelche menschliche Autoritäten, nicht durch irgendwelche Schranken gehemmt sein darf. Ist ihr auch das Dogma, das Bekenntnis der Kirche ein durch Alter und Ursprung ehrwürdiges Zeugnis des Glaubenslebens vergangener Tage und großer Zeiten unserer Kirche, an das sie leichtfertig und geringschätzig nicht die Hand anlegen wird und darf, so ist ihr doch das Dogma nicht eine Schranke, über die sie nicht hinausgehen darf, nicht eine Grenzlinie, an der angekommen ihr zugerufen wird: Bis hierher und nicht weiter! Die evangelische Theologie wahrlich die Freiheit, in ihrem Streben nach Wahrheit auch das Dogma nach Inhalt und Form immer und immer wieder zu prüfen, das religiöse Gold, das in dem Dogma unstreitig steckt, immer und immer wieder in eine Münze zu prägen, die heute wertvoll und gangbar ist.

Gewiß, auch dem evangelischen Theologen auf dem Lehrstuhle wie auf der Kanzel ist eine Schranke gezogen. Wenn sein Studium, vielleicht harte und ernste Lebensschicksale dazu führten, daß er zu materialistischer An-

Schauung käme, nicht mehr auf dem Boden evangelischen Christentums stände, dann würde allerdings das Gewissen dazu drängen, von dem Lehrstuhl und von der Kanzel herunterzusteigen. Nicht menschliche Autorität sondern allein die, die der Protestantismus anzuerkennen vermag, das durch die hl. Schrift geweckte und gebildete Gewissen ist es, das ihn dann diesen Schritt tun läßt, den zu tun ein ehrlicher Theologe sich nicht weigern wird!

Aber zu enge Schranken der theologischen Wissenschaft zu ziehen, das wäre nach meinem Dafürhalten der Untergang der theologischen Wissenschaft. Nur in der Luft der Freiheit kann auch die theologische Wissenschaft sich voll entfalten. In dieser Luft hat die deutsche evangelische Theologie die hohe Blüte erreichen können, die ihr die Achtung und Anerkennung der ganzen Welt gewonnen. Wohl haben dann und wann einmal die Ergebnisse theologischen Forschens sich mit altgewohnten Anschauungen und Stimmungen größerer oder kleinerer Kreise in unseren Gemeinden in Widerspruch gesetzt. Wohl haben sie auch ernste und schwere Kämpfe hervorgerufen in Kirche und Gemeinde. Aber Kampf ist Leben, und nur durch Kampf, nur in gegenseitigem Widerstreit kommen wir der Wahrheit, die zu suchen unsere höchste Pflicht, unsere schönste Aufgabe ist, Schritt für Schritt näher! Und eine Macht, die Leben schaffen will, wie die Religion, die nicht bloß ein Wissen ist, das wir in unserem Kopfe aufspeichern, die eine Lebenskraft sein will, die wir im Herzen tragen und die unserem ganzen Leben Ziel, Richtung und Gestaltung gibt, kann ihre volle Wirksamkeit nur entfalten, wenn sie selbst lebendig ist. Wohl sind die Resultate, zu denen die theologische Wissenschaft dann und wann einmal gekommen ist, nicht immer richtig gewesen. Aber die Wissenschaft war stark genug, von sich selbst aus die Korrektur vorzunehmen, aus sich selbst heraus Irrtümer zu überwinden und jederzeit Spreu und Weizen zu einander zu scheiden. Auch für unsere evangelische Kirche ist die Freiheit der Forschung jeder theologischen Wissenschaft eine unentbehrliche Existenzbedingung. Wenn sie je einmal dazu käme, sie zu verneinen, sie würde die Fundamente untergraben, auf denen sie seit Jahrhunderten aufgebaut ist, sie würde den Geist verleugnen, aus dem unsere evangelische Kirche geboren ist. Ich habe die volle Zuversicht, daß kein evangelisches Kirchenregiment aus irgendwelchem Grunde, etwa im Dienste einer Richtung, erfolgreich Hand anlegen wird, die Freiheit der theologischen Wissenschaft einzuschränken. Ich habe auch die feste Ueberzeugung, daß keine Regierung, die auch nur eine Spur liberalen Geistes noch in sich trägt, sich dazu hergeben wird, dieses Palladium der Freiheit der Wissenschaft anzutasten! Die Zusage, die uns der Herr Staatsminister vorhin gegeben hat, daß niemals ein Eingriff nach dieser Richtung erfolge, daß er der freien Forschung vollen Schutz angedeihen lasse, begrüßen wir aufs lebhafteste. Ein Einschränkter freier Wissenschaft wäre ein Rückschritt unseres geistigen Lebens, ein Rückschritt unserer deutschen Kultur! (Lebhafter Beifall bei den Liberalen.)

Abg. Pfeiffle (Soz.): Alle die Herren, die sich bis jetzt an der allgemeinen Diskussion beteiligt haben, haben sich mit ganz wenig Ausnahmen auch mit der Handelshochschule in Mannheim beschäftigt. Von all den Reden hat mir am besten die des Herrn Abg. Nebmann gefallen; er hat mich durch seine Ausführungen zu der Ueberzeugung gebracht, daß auch er volles Verständnis für diese Handelshochschule hat und daß auch er ihre Wirkung und Zweckmäßigkeit richtig eingeschätzt hat.

Es wurde von allen anderen Rednern die Befürchtung ausgesprochen, daß die Mannheimer Handelshochschule sich vielleicht zu einer vierten Hochschule auswachsen könnte. Diese Befürchtung trifft absolut nicht zu. Mannheim denkt gar nicht daran, das Institut sich so weit auswachsen zu lassen. Die Stadt hat die Regierung nur um einen Staatsbeitrag angegangen, weil sie glaubt, ein Recht dazu zu haben. Es wird ja diese Handelshochschule in Mannheim nicht allein von der städtischen Bevölkerung von Mannheim besucht, sondern, wenn nur einmal die Zweckdienlichkeit und die Vorteile dieser Anstalt draußen auf dem Lande erkannt sind, wird sie zweifellos auch von auswärts besucht werden.

Der Herr Abg. Nebmann hat ganz richtig gesagt, daß man in dieser Handelshochschule keine Fakultät der allgemeinen Hochschule sehen solle; es kann zugegeben werden, daß sich die Anstalt einen Namen beigelegt hat, den sie nicht verdient. Es sind vorgesehen eine Abteilung für solche Schüler, die eine Mittelschule absolviert haben, eine weitere Abteilung für sogenannte freie Studenten; außerdem finden aber auch Abendvorlesungen statt, und an diesen Abendvorlesungen kann Jedermann teilnehmen, sofern er nur das erforderliche Honorar bezahlt. Es wäre ja Sache der Staatsregierung gewesen, eine Handelshochschule zu errichten, sei es in Mannheim oder aber in Angliederung an die bestehenden Hochschulen. Die Handelshochschulen sind nicht etwa eine neuere Einrichtung, sondern man hat tatsächlich im Reiche schon eine ganze Anzahl von Städten, die nach dieser Richtung hin bahnbrechend vorgegangen sind; ich verweise hier auf Leipzig, Köln; eine ganze Anzahl von anderen Städten plant die Einführung von Handelshochschulen. Diese Handelshochschulen sind nicht mehr zu ungehen; denn der Handel, wie wir ihn jetzt haben, kann seine Kräfte nicht mehr aus den Zöglingen der Volksschule schöpfen, aus denen die Kaufleute früher hervorgegangen sind. Unser Handel verlangt heutzutage ganz andere Kräfte und stellt ganz andere Anforderungen.

Wenn man aus verschiedenen Reden die Befürchtung herausgehört hat, als würde die Staatsregierung Mannheim gegenüber gar zu liberal verfahren, so sind die Herren Redner jedenfalls nach den Schlüsselaussführungen des Herrn Staatsministers zu einer anderen Ueberzeugung gelangt. Der Herr Staatsminister hat ja die Zweckdienlichkeit einer solchen Anstalt vollständig anerkannt, aber aus den Schlüßbemerkungen war zu entnehmen, daß man nicht daran denkt, über den Rahmen des Zulässigen hinauszugehen. In Mannheim ist man das gewöhnt. Wir haben bis jetzt, namentlich im Hinblick auf Schulen, nie ein besonderes Maß von Entgegenkommen seitens der Regierung gefunden. Wiederholt hat die Stadtgemeinde Mannheim der Staatsregierung den Wunsch geäußert, es möge dort ein Seminar errichtet werden; man hat das abgelehnt. Wir haben den Wunsch geäußert, sie möge, in Anbetracht des Umstandes, daß die hiesige Baugewerkschule überfüllt ist, in Mannheim eine Baugewerkschule errichten. Wir haben hier in Karlsruhe eine Kunstgewerbeschule, trotzdem hat man aber auch i. B. in Pforzheim eine solche errichtet, und es beträgt der gegenwärtige Staatsaufwand für den Neubau mehr als 400 000 Mark, bezw. nach Abzug des von der Stadtgemeinde Pforzheim zu bezahlenden Betrags 240 000 Mark. Man hat also auch diese Forderung der Stadtgemeinde Mannheim abgelehnt. Wir haben nachher in Mannheim das Glück gehabt, eine Privatingenieurschule zu bekommen. Diese soll ein Ersatz für eine Ingenieurbaugewerkschule sein und kostet die Stadtgemeinde Mannheim sehr viel Geld.

Bei einer Stadt, in der Handel und Wandel so gepflegt wird, wo Industrie und Handwerk eine solche Aus-

behnung erfahren haben wie in Mannheim, ist es selbstredend, daß um eine Baugewerkschule und Kunstgewerbeschule nicht mehr herumzukommen ist. Es befindet sich in Mannheim, das über einen tüchtigen, intelligenten Mittelstand verfügt, unter der Bevölkerung eine große Anzahl von Leuten, die ihre Kinder sehr gerne solchen Schulen zuführen würden, — aber ihre Mittel erlauben es nicht! Sie würden recht gerne das Schulgeld aufbringen, aber damit sind eben die Kosten nicht erschöpft, sondern was für den Privatunterhalt dieser Kinder verwendet werden muß, das bildet die Hauptausgabe, und das können diese Eltern nicht aufbringen, sodaß sie darauf angewiesen sind, die Kinder unsere einheimischen kleineren Schulen in Mannheim besuchen zu lassen. Wir bringen in Mannheim jährlich etwa 2 Millionen für die Schulen auf. Ich glaube, eine solche Summe wäre der Anerkennung wert.

Nur noch wenige Worte zu einer anderen Frage, die bis jetzt noch nicht angechnitten wurde: das ist die Frage der psychiatrischen Klinik in Heidelberg. Diese ist ursprünglich zu wissenschaftlichen Zwecken errichtet worden. Sie scheint sich aber jetzt mehr zu einer allgemeinen Krankenanstalt auszuwachsen, und für eine solche ist sie nicht eingerichtet. Es macht einen peinlichen Eindruck, wenn man die innere Einrichtung dieser Klinik besichtigt, wenn man in den einzelnen Sälen sehen muß, wie dort Kranke in kleinen, primitiven Betten auf dem Boden gebettet liegen. So viel sollte man denn doch noch aufbringen, daß man wenigstens für diese armen Kranken noch eine Bettstatt anschaffen kann! Ich habe verschiedene Krankensäle besucht, aber in jedem einzelnen Krankensaal habe ich fünf, sechs, sogar sieben Betten auf dem Boden gesehen, in denen sich Kranke befanden. Selbst die Korridore, durch die den ganzen Tag hindurch das Arbeits- und Bedienungspersonal gehen muß, müssen zur Unterbringung von Kranken benützt werden.

Das ist ein unhaltbarer Zustand! Man hat nun allerdings gesagt, die seitherigen Heil- und Pflegeanstalten reichten nicht aus, und deshalb müsse ein großer Prozentsatz der Kranken in dieser Klinik untergebracht werden. Es fehlt aber nicht nur an Betten, es fehlt auch an anderen Einrichtungen, auch an dem erforderlichen Personal. Es ist ja nicht nur der wirtschaftliche Teil zu besorgen, sondern auch ein kaufmännischer Teil, es sind auch Akten zu erheben, Ueberweisungen zu erledigen, Berichte einzufordern und zu versenden usw. Für diesen ganzen Dienst befindet sich dort ein Sekretär und ein Gehilfe. Mir ist gesagt worden, daß schon wiederholt der Antrag an die Regierung gestellt worden sei, hier eine weitere Hilfe zu gewähren, daß eine solche aber versagt würde. Zum Abschreiben der erwähnten Akten werden die Geisteskranken verwendet. Das wäre vielleicht gar kein so großes Uebel. Aber wenn die Kranken Akten abschreiben, dann kommt es oftmals vor, daß sie von dem, was sie aus diesen Akten erfahren und herauslesen, abends auf ihrem Krankenzimmer andern Kranken erzählen, und dadurch diese Kranken von den Gutachten von Ärzten, von den Gutachten des einen oder anderen Gerichtes (es werden hierher ja auch die kriminellen Kranken eingeliefert) erfahren.

In der Diskussion ist vielfach auch die Assistentenfrage behandelt worden. Gerade in Beziehung auf die Assistenten scheint es mir in der psychiatrischen Klinik in Heidelberg ganz im Argen zu liegen. Diese Assistenten beziehen ein Einkommen von etwa 600 M. Nun sind aber diese Assistenten nicht zu vergleichen mit denjenigen der übrigen Kliniken. Bei jenen andern Kliniken praktizieren die Assistenten, um sich für den späteren Privatberuf vorzubereiten. Für einen Psychiater gibt es im

Privatberuf keine Praxis, deshalb sind alle, die sich diesem Beruf widmen, genötigt, in den Kliniken solange zu verbleiben, bis sie an einer oder der andern Pflegeanstalt Stellung finden. Insofern ist also hier bei der Honorierung der Assistenten eine Ausnahme zu machen. Ich möchte die Großh. Regierung bitten, daß sie doch dieser psychiatrischen Klinik in Heidelberg ein aufmerksames Auge schenkt, denn es gibt dort sehr viel zu bessern.

Zum Schluß einige wenige Bemerkungen gegenüber dem Herrn Abg. Dieterle. Er hat es dem Herrn Abg. Koll verübelt, daß er es beklagt hat, daß die einzelnen Seminarien in den Seminarien gezwungen seien, den Religionsunterricht zu genießen. Daraus ist nicht zu schließen — das wissen die übrigen Herren auch —, daß wir, wie fortgesetzt behauptet wird, Gegner der Religion sind; wir haben in unserm Programm bekanntlich die Religion zur Privatsache erklärt. Wir hindern niemanden an der Ausübung der Religion, und wir wollen auch nicht, daß den Kindern von solchen Eltern, die glauben, eine Religion zu bedürfen, die Gelegenheit genommen wird, den Religionsunterricht zu genießen. Aber wogegen wir uns wenden und wogegen wir protestieren, ist das, daß man Andere, die eine andere Lebensauffassung und eine andere Weltanschauung haben, zwingt, diesen Religionsunterricht zu besuchen. Es liegt also für den Herrn Abg. Dieterle keine Veranlassung vor, hier zu sagen: „Ja, wenn Ihr für Euch beantragt, daß Ihr Agitation gegen die Religion betreiben dürft, und dafür, daß die Religion aus allen Schulen verbannt wird, dann dürft Ihr es uns auch nicht verübeln, wenn wir Agitation dafür betreiben.“ Das haben wir nie bestritten. Das Recht gestehen wir Ihnen zu. Aber wir beanspruchen, wie gesagt, auch für uns das Recht, daß die Kinder derjenigen Eltern, die an diese Weltanschauung nicht glauben, nicht gezwungen werden dürfen, an irgend einem Unterricht teil zu nehmen, an dessen Gegenstand sie im Innern nicht glauben (Beifall bei den Sozialdemokraten).

Abg. Dr. Schöfer (Zentr.): Der Gegenstand, vor dem wir stehen, ist ein außerordentlich wichtiger, wichtig wegen der finanziellen, dann aber auch wegen der kulturellen Bedeutung. Von dieser Wichtigkeit waren wohl alle die Herren Redner, die gesprochen haben, durchdrungen.

Ich will nun zunächst eine Reihe von Einzelfragen erörtern, die mir wichtig zu sein scheinen. Die erste betrifft die Bibliotheksverhältnisse in Freiburg. Ich habe im Budget gefunden, daß für Freiburg 22 000 M. für Heidelberg 36 000 M. zur Erweiterung des Bücherbestandes und zur Pflege der Bibliothek eingesetzt sind. Das macht einen Unterschied von 14 000 M. Ich weiß nun wohl, daß die Bibliothek in Heidelberg bedeutend größer ist als die in Freiburg, und daß die Verwaltung derselben insfolgedessen auch weitere Ansprüche stellt. Aus diesem Grunde begreife ich auch ein gewisses Mehr. Allein, es will mir scheinen, daß doch der Unterschied ein zu großer ist. Wenn Heidelberg seine 36 000 M. bekommt — und ich bin dafür, daß Heidelberg mit Rücksicht auf die Bedeutung seiner Bibliothek diese 36 000 M. bekommen soll —, dann möchte ich aber auch wünschen, daß die Summe, die für Freiburg eingesetzt ist, im zukünftigen Budget etwas größer bemessen wird. Es wurde mir allerdings gesagt, daß in Freiburg aus dem Geld, das für Immatrikulation und Exmatrikel gegeben wird, manches in dieser Richtung zur Verwendung kommt. Ich weiß nicht, ob das nicht auch in Heidelberg der Fall ist. Wenn es nicht der Fall wäre, dann würde ich sagen: Auch hier sollte eine gewisse Gleichheit eingeführt werden. Braucht man in Heidelberg die Matrikel nicht beizuziehen, dann soll

man sie auch in Freiburg nicht beziehen. Tut man es aber in Freiburg, dann auch in Heidelberg.

Es ist Tatsache, daß in der Bibliothek in Freiburg — und es wird wohl auch in Heidelberg so sein — ein großer Teil des Bücherbestandes aus theologischen Werken besteht und daß diese theologischen Werke vielfach einen hohen Wert darstellen, da sie meistens der älteren Zeit angehören. Das scheint mir notwendig zu machen, daß hier ein Fachmann mit der Verwaltung dieses Teiles der Bibliothek betraut wird. Ich weiß von der Straßburger Bibliothek, daß dort ein protestantischer Theologe schon längst im Amte ist, und daß man eben daran ist, einen katholischen Theologen ebenfalls anzustellen, um durch beide die theologische Abteilung der Literatur verwalten zu lassen. Die Anstellung eines Theologen hat nicht nur für die Bibliothek ihren Wert, sie hat ihren hohen Wert auch für diejenigen, welche die Bibliothek benötigen. Wenn man Gelegenheit hat, gerade in Straßburg Theologica zu benutzen und den betreffenden Herrn findet, so erfährt man alsbald einmal, mit welcher Raschheit er die verlangte Literatur beibringt, dann aber erfährt man auch große Förderung durch seine Kenntnisse. Er kann eine Menge Literatur ohne weiteres angeben, er kann auch weiter vermöge seiner Kenntnis der Entleihungen aus der Bibliothek sagen, wer gegenwärtig mit dieser oder einer verwandten Frage sich beschäftigt. Kurz, man ist sehr rasch orientiert und hat die denkbar beste Förderung in seiner Arbeit. Ich mache den Herren Philologen, die an der Bibliothek gegenwärtig als Bibliothekare angestellt sind, mit diesen Bemerkungen durchaus keinen Vorwurf. Es ist eben nicht in ihrer Vorbildung gelegen, diese Dinge so kennen zu lernen wie ein sachmännlich gebildeter Theologe.

Hinsichtlich Freiburgs hätte ich dann noch einen Wunsch: Wenn in Freiburg aus der Bibliothek Bücher versandt werden, so hat der betr. Herr, der sie verlangt und bekommt, einmal die Verpackungskosten und natürlich auch das Porto zu bezahlen. Er muß nach Empfang der Bücher den Schein über die Entleihung wieder zurückstellen, muß die Rücksendung vergüten und hat noch die Kosten einer Wertdeklaration zu tragen, die für die Hin- und Rücksendung vorgeschrieben ist. Das verneuert den Bezug der Bücher so, daß es weniger bemittelten Herren, namentlich jüngeren Geistlichen, fast zur Unmöglichkeit wird, die Bücher zu benutzen. Ich habe mich danach erkundigt, wie es in Straßburg ist. Dort werden die Auslagen viel geringer berechnet; dort fallen meines Wissens die Verpackungskosten weg.

Ein Wort noch über die Lesehalle! Ich habe bereits in der Budgetkommission darauf aufmerksam gemacht, daß bei der Einrichtung der sehr begrüßenswerten Lesehalle auch Mißstände zulage getreten sind, dadurch daß die Zeitschriften, die an den Universitäten sehr zahlreich gehalten werden, zunächst in der Lesehalle aufstiegen und so nicht mehr sofort in die eigentlichen Lesezimmer kommen, die auch dem weiteren gebildeten Publikum zugänglich sind. So können diese Zeitschriften eigentlich nur von denen gelesen werden, die die Lesehalle benutzen. Wer aber die Lesehalle benutzen will, muß Jahr für Jahr, wenn ich nicht irre, 15 Mark bezahlen. Darüber sind namentlich unsere Mittelschullehrer ungehalten, daß sie nun auf einmal vor die Alternative gestellt werden, entweder 15 Mark zu blechen (Abg. Dr. Obkircher: Zu blechen?) oder auf die rechtzeitige Lektüre dieser Zeitschriften zu verzichten. Vielleicht ließe sich hier eine Abhilfe in der einen oder anderen Form erzielen.

Ich habe mir dann das Budget auch hinsichtlich des Postens angesehen, der für die Seminarien eingeseht

ist. Die Seminarien bilden im Betrieb der Wissenschaft, auch der theologischen Wissenschaft, ein außerordentlich wichtiges Institut. Hier lernt der junge Student die Literatur spielend kennen, hier wird er in das wissenschaftliche Arbeiten eingeführt, hier kann er ganz für sich seine Studien treiben. Ich habe nun zu meiner Freude gesehen, daß für die wissenschaftlichen Seminarien der theologischen Fakultät in Heidelberg 6266 Mk. eingeseht sind. Bei der Fakultät in Freiburg sind es 2500 Mk. Ich begrüße die große Summe für Heidelberg, würde es aber auch verständig finden, wenn daneben die Anträge, die seitens der theologischen Fakultät in Freiburg, wie ich höre, gestellt sind, eine weitgehende Berücksichtigung erfahren. Auch das juristische Seminar in Freiburg ist mit etlichen Hundert Mark, ich glaube 200 Mk., weniger eingeseht als das in Heidelberg. Selbst hinsichtlich der akademischen Feierlichkeiten tritt dieser Unterschied auf; 2000 Mark sind für Heidelberg, 1000 Mk. für Freiburg angefordert. Wenn die Heidelberger Studenten 2000 Mk. für Feierlichkeiten bekommen, sollte man den Akademikern in Freiburg ebenfalls 2000 Mark gönnen, zumal ich höre, daß die Kasse des Freiburger Akademikerverbandes nicht an Ueberfluß an Geld, sondern an Ueberfluß an Schulden leidet.

Noch ein Wort über die psychiatrische Klinik. Wenn man die Stellung des Wartepersonals an der psychiatrischen Klinik mit dem an anderen Anstalten vergleicht, besonders dem an Heil- und Pflegeanstalten, so sieht man sofort einen großen Unterschied. Während bei diesen die etatmäßige Anstellung des Wartepersonals geregelt ist, ist bei den psychiatrischen Kliniken die etatmäßige Anstellung eine sehr seltene und daher der Wechsel ein sehr häufiger. Es will mir scheinen, daß es im Interesse der Kranken wäre, wenn das Personal nicht so häufig wechselte, sondern ständig bleiben könnte, damit die Kranken nicht durch neues Personal, wenn ich so sagen darf, beunruhigt werden.

An der psychiatrischen Klinik in Freiburg besorgt von jeder Konfession ein Geistlicher die entsprechenden Obliegenheiten; es wird in Heidelberg ähnlich sein. Ich habe mich erkundigt, wie die Bezahlung dieser Herren ist, und da will mir scheinen, daß sie außerordentlich kärglich bemessen ist. Es wäre angebracht, die Vergütung für diese Herren, die als Geistliche an diesen Anstalten zu tun haben, etwas zu erhöhen.

Für orientalische Sprachen ist ein Ordinariat verlangt. Bisher bestand für dieses Fach nur ein Extraordinariat. Ich habe diese Umwandlung begrüßt, weil ich weiß, daß gerade auf dem Sprachgebiet, dem hier gebient wird, noch außerordentlich große Schätze der Geschichte liegen, der Kunstgeschichte, der Kulturgeschichte, kurz außerordentlich wichtige Schätze, die gehoben werden sollen. Wenn diese aber gehoben werden sollen, dann ist die unerläßliche Voraussetzung die Ausbildung in den orientalischen Sprachen; und wenn damit ein gewisser Ansporn der Studentenschaft gegeben wird, sich diese Vorkenntnisse zu erobern, so würde ich das mit Freuden begrüßen.

Ebenso würde ich mit Freuden begrüßen, wenn die zwei extraordinären theologischen Lehrstühle in Ordinarie umgewandelt würden, besonders wenn der apologetische Lehrstuhl in ein Ordinariat verwandelt würde. Das apologetische Kolleg wird jetzt dreistündig gelesen, es ist früher vierstündig gelesen worden und sollte eigentlich auch jetzt ein vierstündiges Kolleg sein. Ich würde diese Umwandlung besonders deswegen begrüßen, weil die theologische Fakultät in Freiburg viele Doktoranden enthält, die ihre Studien weiter betreiben, wozu gerade das collegium sapientiae Anlaß gibt. Ich kann dem

Herrn Abg. Rebmann versichern, daß hier durchaus nicht gebremst wird; es ist meines Wissens in den letzten Jahren bis auf den letzten Platz gefüllt gewesen. (Abg. Rebmann: Das habe ich auch nicht behauptet.)

Nun wird es selbstverständlich sein, daß ich auf das Eine und Andere, was über die freie Forschung und über den Standpunkt der Theologie zur freien Forschung gesagt worden ist, mit einigen Worten noch zu sprechen komme. Sehr lebhaft wurde betont, daß die Freiheit der Forschung in der Wissenschaft das Alpha und Omega der Wissenschaft sei; absolute Schrankenlosigkeit sei das höchste Prinzip. Wenn man die Sache ganz nüchtern betrachtet, so findet man doch, daß eine absolute Schrankenlosigkeit nicht besteht und nicht bestehen kann. Das höchste Prinzip, an dem eben jede Wissenschaft ihre erste und oberste Schranke hat, ist die Wahrheit; ihrer kann man niemals entraten. Und gerade Leo XIII. ist es gewesen, der auf dem Gebiete der Geschichte dieses Prinzip auf das Schärfste betont hat, indem er, als er die vatikanische Bibliothek und Archiv öffnete und allen Konfessionen, allen Gelehrten zugänglich machte, als obersten Grundsatz aufgestellt hat, daß der Gelehrte alles, was wahr ist, sagen soll, aber sich auch niemals fürchten und scheuen darf, alles zu sagen, was wahr ist. Die zweite Schranke, um die man nicht herumkommt, ist und bleibt die Endlichkeit und Irthumsfähigkeit des menschlichen Geistes. Vor 20 Jahren noch, um ein theologisches Beispiel zu nehmen, mußte man, wenn man wissenschaftlich sein und reden wollte, annehmen, daß das neue Testament in seiner Entstehung etwa ins 2. und 3. Jahrhundert zu verweisen sei. Heute sind dieselben Vertreter wieder genau da angekommen, wo die Kirche immer stand, nämlich sie ins 1. Jahrhundert zu verweisen. Ich verweise auf die neueste Schrift des Berliner Theologen Harnack. Die dritte Schranke ist gegeben, wie der Philosoph Paulsen sehr interessant erst jüngst ausgeführt hat, in den tatsächlichen Verhältnissen, über die auch die Wissenschaft und die Forschung nicht hinwegkommen. Ich erlaube mir, den betr. Text vorzulesen: „Man vergeße aber nicht: Die Universitäten sind nicht bloß Werkstätten der Forschung, sie sind zugleich Bildungsanstalten für wichtige öffentliche Berufe; als solche sind sie überhaupt entstanden: das Bedürfnis nach wissenschaftlich gebildeten Klerikern, Lehrern, Ärzten, Richtern und Beamten hat sie hervorgebracht. Und dieser Zweck bedingt überall Bindungen: der Professor der evangelischen Theologie kann so wenig als sein katholischer Kollege grenzenlos beliebige Meinungen vortragen; und auch für den Juristen gelten „Voraussetzungen“, z. B. daß das Bürgerliche Gesetzbuch nicht bloß ein Haufe Unfönn und Plage sei, sondern eine im ganzen vernünftige Lebensordnung.“ Also keine absolute Schrankenlosigkeit der Forschung, sondern eine durch die Naturnotwendigkeit begrenzte Forschung; aber innerhalb dieser Naturnotwendigkeit dann Freiheit.

Was sagt nun die Kirche zu diesem Standpunkt? Sie hat noch immer den Standpunkt eingenommen und festgehalten, soweit nicht die Offenbarung in Betracht kommt: Weiteste, schrankenlose und absolute Freiheit des Forschens und der Wissenschaft innerhalb der Grenzen, die, wie ich vorhin gesagt habe, durch die Natur selbst gegeben sind. Anders aber dort, wenn es eine Offenbarung gibt, und wir sind der Ueberzeugung, daß es eine solche gibt. Die ist anders zu behandeln. Wenn uns aber Gott seine Offenbarung und wegen der Schwierigkeit der Wahrheitsforschung auf diesem Gebiete im Lehramt eine Führung gegeben hat — und wir sind der Meinung, daß das der Fall ist, wir sind aber weiter mit dem Herrn Kollegen Rohrbach der Meinung, daß hier nicht der Platz ist, darüber zu streiten —, dann muß

diese Führung respektiert werden. Nun aber keine falsche Auffassung von dieser „Führung“! Nicht etwa so macht es das Lehramt, daß es sagt: „Das habt ihr anzunehmen“, sondern das Gegebene ist die Frucht der Entwicklung, der wissenschaftlichen Forschung, dann erst nimmt die Kirche dazu Stellung. Und wenn das festgelegt ist, besteht genau das gleiche Verhältnis für den Theologen wie für den juristischen Dozenten seinem Gesetzbuch gegenüber: Er wird es erklären, systematisch darstellen und, wo noch Schwierigkeiten vorhanden sind, in vollem Umfang die Forschung walten lassen. (Abg. Dr. Obkircher: Das Gesetz ist aber veränderlich!) Gewiß, deswegen ist die Offenbarung nach unserer Ansicht nicht veränderlich.

Der Herr Staatsminister hat nun geltend gemacht, man könne in der katholisch-theologischen Fakultät nicht gut von einer eigentlichen Wissenschaft reden, weil ja in der Scholastik die Theologie abgeschlossen sei. Ich war außerordentlich erstaunt über das, was der Herr Staatsminister gesagt hat. Es ist seit der Scholastik die ganze Reihe der historischen Disziplinen ausgebildet worden. Wir haben eine Kirchengeschichte, eine Patrologie, wir haben eine Archäologie, wir haben eine Kunstgeschichte, das ganze Gebiet der heiligen Schrift und der Einleitung ist selbständig geworden. Die Moral hat sich losgelöst von der dogmatischen Disziplin, sie ist zu einer selbständigen Wissenschaft geworden, und so hat sich eine ganze Verzweigung der theologischen Wissenschaft ergeben. Aber auch innerhalb des Dogmas selber ist ein starkes Fortschreiten und Vorwärtsweggehen bemerkbar, hier heißt es, die gegebene Offenbarung bis zu den äußersten Konsequenzen durchforschen, und wenn wir den Stand, den wir in der heutigen Theologie haben, in Vergleich setzen mit dem Bestande des zwölften Jahrhunderts, so wird man sofort einen großen, einen eminenten Fortschritt erkennen. Sehr gering offenbar hat der Minister über die Scholastik selber gedacht. Er scheint nicht zu wissen, daß selbst Herren, die nicht Theologen sind, sondern seiner Fakultät angehören, also Juristen sind, ganz anders über die Dinge denken. Ich erlaube mir, Ihnen vorzutragen, was der Justizrat Rudolf von Jhering über den heiligen Thomas von Aquin gesagt hat. „Dieser große Geist (sagt er) hat das realistisch-praktische und gesellschaftliche Moment des Sittlichen ebenso wie das Historische bereits vollkommen richtig erkannt. Den Vorwurf der Unkenntnis, welcher sich für mich daran knüpft, kann ich nicht von mir ablehnen, aber mit ungleich schwererem Gewicht als mich trifft er die modernen Philosophen und protestantischen Theologen, die es veräumt haben, sich die großartigen Gedanken dieses Mannes zu Nutzen zu machen. Staunend frage ich mich, wie war es möglich, daß solche Wahrheiten, nach dem sie einmal ausgesprochen worden waren, bei unserer protestantischen Wissenschaft so gänzlich in Vergessenheit geraten konnten? Welche Irrwege hätten sie sich ersparen können, wenn sie dieselben beherzigt hätte? Ich meinerseits hätte vielleicht mein ganzes Buch nicht geschrieben, wenn ich sie gekannt hätte, denn die Grundgedanken, um die es mir zu tun war, finden sich schon bei jenem gewaltigen Denker in vollendeter Klarheit und prägnantester Fassung ausgesprochen.“ Auf diese Scholastik, die dieser Held der Scholastik repräsentiert, sind die spätere Scholastik und die neue in ihrer Entwicklung bis heute aufgebaut. Man sollte also hier nicht von einem Stillstand der Wissenschaft reden, sondern gerade die Scholastik ist der permanente Beweis für das wissenschaftliche Vorwärtstreben der Theologen.

Der Herr Staatsminister will für die kath. theologischen Fakultäten fest eintreten, wenn es notwendig ist, er will ihnen seinen Schutz angedeihen lassen. Die Frage hat

aber auch ihre Rehrseite. Wie wäre es denn, wenn ein Theologe einmal in das Glaubensgebiet des katholischen Dogmas eingreifen würde, wenn er die jungen Theologen statt in den Glauben hinein aus dem Glauben herausführen wollte? Ich meine, die Geschichte unserer theologischen Fakultäten hat auch schon zu solchen Erwägungen Anlaß gegeben. Ich nehme an, daß diese Rehrseite der Frage ebenso die Beachtung des Herrn Staatsministers finden wird, wie wir sie von unserem Standpunkt aus beachten.

Ich will es mir versagen, auf die Geschichte überhaupt einzugehen und sie zum Zeugen für die Haltung der katholischen Kirche gegenüber der Wissenschaft anzurufen. Ich könnte mich berufen auf manche Gründungsbulle, die die Päpste unseren Universitäten ausgestellt haben, ich könnte mich da berufen auf manche 1000 Gulden, die den Universitäten aus kirchlichen Mitteln gegeben worden sind, Geld, wovon unsere Universitäten heute noch zehren. Der Herr Abg. Rohrhurst meint, bei protestantischen theologischen Fakultäten und bei protestantischen Theologen kämen die vielerörterten Erscheinungen wohl nicht vor. Es ist eben ein Jahrhundert vergangen, daß Friedrich David Straus geboren worden ist. Er war Repetent am Tübinger Stift und er war zugleich Dozent an der Hochschule. Es ist bekannt, daß er, sobald er sein Buch, die zwei Bände über das Leben Jesu Christi geschrieben hatte, an das Vceum nach Ludwigshafen versetzt worden ist, nachher wurde er als theologischer Dozent nach Zürich berufen, er durfte aber nicht in Tätigkeit treten, er wurde mit 1000 Franken pensioniert. Wenn der Herr Abg. Rohrhurst die „Chronik der christlichen Welt“ in den letzten zwei Jahren gelesen hat, so wird er so manchen Fall gefunden haben, der vielleicht hätte Anlaß geben können, ähnliche Ausführungen unsererseits zu machen, wie sie von jener Seite gemacht worden sind.

Ein Wort noch über die Anschauungen der Herren Sozialdemokraten, Anschauungen dahingehend, daß nämlich die theologischen Fakultäten abgeschafft werden sollen, daß tabula rasa gemacht werden soll bis zur Volksschule herunter, daß die Religion aus der Volksschule hinaus sollte. Wie die Herren über die Volksschule denken, das kann man ab und zu im „Volkstempel“ lesen. Dort stand zum Beispiel ein wunderhübsches Gedicht, das folgenden Wortlaut hatte:

„Lehrer höre auf zu klagen,
Trage nicht, was nicht zu tragen,
Pflanz' in's Herz der Kinder dein,
Deine Unzufriedenheit hinein.
Pflanz' statt demutsvoller Christen
Freie Männer, Sozialisten!“ (Heiterkeit.)

Gegen einen solchen Schulbetrieb muß man sehr frühzeitig einen Kiesel vorchieben. Daran haben die Eltern, daran hat der Staat, daran haben die beiden Konfessionen, daran haben vielleicht alle Konfessionen sehr reges Interesse (Sehr richtig!). Wollte man einen derartigen Kampf herausbeschwören, dann wäre es ein Kampf auf Tod und Leben, und die Beche bezahlte bei der ganzen Sache das Vaterland!

Nun noch ein Wort über die Lernfreiheit. Sie ist gewiß auch ein hohes Gut, aber auch sie hat ihre Rehrseite. Ich kenne mehr als einen jungen verbummelten Studenten, der eine Frucht der Lernfreiheit ist. Diese Elemente haben sich auf den Universitäten nicht etwa eine allgemeine Bildung geholt, sondern die Eltern haben ihr Geld hinausgeworfen, Leben und Existenz sind zu Grunde gerichtet, und, anstatt eine Stütze des Vaterlandes zu bilden, sind diese Leute gerade das Gegenteil.

Der Herr Abg. Rebmann hat die Frage aufgeworfen, ob auch die Theologen die nötige Lernfreiheit hätten.

Was das Jahr angeht, wo ich an erster Stelle das Konvikt zu leiten hatte, da will ich dem Herrn Abg. Rebmann versichern, daß da die Lernfreiheit gewahrt worden ist. Es wurde zum Beispiel seitens eines Dozenten der Wunsch geäußert, daß man kunsthistorische Ausflüge machen dürfe, und ich habe mit Freuden meine Erlaubnis dazu gegeben, diese Ausflüge sind so oft gemacht worden, so oft der Dozent den Wunsch hatte. Weiter wurde der Wunsch ausgesprochen, man sollte den jungen Studenten erlauben, in den Seminaren von morgens bis abends arbeiten zu dürfen, und mit Freuden habe ich meine Zustimmung dazu gegeben. Als ich selbst noch Theologe war, da ging der größte Teil meiner Mitkämpfer in einen Kurs über Nationalökonomie, um ihre nationalökonomischen Kenntnisse zu erweitern oder doch den Grund dafür zu legen. Soweit solche Bestrebungen ohne Schädigung der Berufsausbildung gepflegt werden können, geschieht es. Ganz allgemein berufe ich mich da ausdrücklich auf die neueste encyclica pascendi, dort steht auf Seite 103 in der offiziellen Ausgabe wörtlich die Mahnung: „Betreibt die Naturwissenschaften mit allem Eifer; die glänzenden Entdeckungen und die kühnen Anwendungen, welche unsere Zeit auf diesem Gebiete aufzuweisen hat, ernten mit Recht die Bewunderung unserer Zeitgenossen und werden stets das höchste Lob der Nachwelt genießen“. Da sollte man nicht mit derartigen Behauptungen kommen, wenn Gründe nicht vorliegen.

Im übrigen möchte ich unsere Gesamthaltung noch einmal zusammenfassen, und zwar möchte ich sie in Worte kleiden, die am 28. November 1877 von keinem geringeren als Ludwig Windthorst gesprochen wurden. Er sagte damals im preussischen Abgeordnetenhaus: „Ich will nichts anderes, als daß die Männer aller Konfessionen Gelegenheit haben, auf dem Gebiet der Wissenschaft mit den Waffen der Wissenschaft ihre Anschauung geltend zu machen. Andere Mittel anzuwenden zur Durchführung meiner Ansichten, werde ich jederzeit verschmähen. . . . Ich will jeglicher Meinung vollkommene Gelegenheit geben, sich überall geltend zu machen, auch auf den Universitäten, in jeder Art. Ich lehne keinen aus; denn das, was vor der wirklichen, wahren Wissenschaft nicht besteht, ist nicht wert, daß es besteht. Aber die Gelegenheit, daß auch auch wir, daß auch unsere Gelehrten ihre Ansichten auf der Universität geltend machen können, die verlange ich kategorisch.“ Und am 26. Februar 1883 sagte er an derselben Stelle: „Die Wissenschaft und ihre Lehre sind frei, und wer sie angreift, ist mein Feind!“ (Beifall im Zentrum.)

Abg. Benedey (Dem): Unser Freund Heimbürger hat sich gestern der früheren Oberrealschüler angenommen und auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die man ihnen bei der Bemerkung um den Dokortitel macht. Von Seiten der Großh. Regierung ist ihm erwidert worden, daß man in weitgehendstem Maße mit Dispenserteilung entgegenkomme. Ich glaube nun, unser Freund Heimbürger, der heute leider nicht anwesend sein kann, würde sich schwerlich mit dieser Auskunft zufrieden geben. An und für sich ist es ja ganz erfreulich, daß man den Leuten entgegenkommt. Aber wir stehen doch auf dem grundsätzlichen Standpunkt: Nachdem einmal mit Recht einem oft und lang geäußerten Wunsch dieses Hauses entsprechend die Oberrealschüler zu diesen Studien zugelassen werden, so hat es keinen Sinn mehr, daß man ihnen dann beim Dokortorexamen Schwierigkeiten macht, sondern man soll sie auch hier wie alle Anderen zulassen und nur sehen, ob die Leute die erforderlichen Kenntnisse haben, nicht, auf welcher Schule sie sich dieselben erworben haben.

Ich möchte mich sodann mit einigen Worten der Darlegungen unseres Freundes Zbrig bezüglich der Errichtung eines pädagogischen Lehrstuhls annehmen. Niemand, der in diese Dinge hineinblickt, kann darüber im Zweifel sein, daß unsere Lehrer, und zwar ganz besonders die der höheren Anstalten, besonders in den ersten Jahren sehr oft die nötigen pädagogischen Kenntnisse nicht besitzen, der nötigen Kenntnis der Kinderseele oder der richtigen Art und Weise, sie zu behandeln, entbehren. Der Lehrer, der den inneren Beruf zu seinem Amte in sich trägt, wird ja den richtigen Weg und damit auch den Weg zur Seele des Kindes ziemlich bald finden. Aber immerhin könnten manche Irrung und manche Verkennung und Ungerechtigkeit gegenüber den Schülern wohl durch eine entsprechende bessere Schulung auf der Universität, was die pädagogischen Kenntnisse anbelangt, gehoben werden. Ich halte den Gedanken, den unser Freund Zbrig hier ausgesprochen hat, für einen sehr richtigen und gesunden.

Es ist mehrfach die Behauptung aufgestellt worden, daß unsere badischen Landesfinder, bei der Zulassung zum Lehrkörper an den badischen Hochschulen nicht genügend berücksichtigt würden. Ich bin nicht in der Lage, statistisches Material darüber beizubringen. Aber ich kann gestehen, daß mir ähnliche Klagen auch zu Ohren gekommen sind. Die Großh. Regierung sagt uns nun, daß das nicht der Fall sei, daß jedenfalls die Badener ceteris paribus, wie sich der Herr Staatsminister ausgedrückt hat, wenn also im übrigen die Voraussetzungen gleich sind, nicht zurückgesetzt werden sollen gegenüber den Nichtbadenern. Das ist aber doch, glaube ich, das allermindeste, was man verlangen kann. Ich glaube doch, daß vielleicht etwas mehr, als es bisher geschehen ist, auf unsere Landesfinder Rücksicht genommen werden sollte.

Ich könnte mich auf diese wenigen Bemerkungen beschränken. Ich muß aber nun doch dem, was von den letzten beiden Herren Rednern des Zentrums, von Herrn Dieterle und von Herrn Schofer, vorgebracht worden ist, nur ganz wenige Bemerkungen entgegenen. Ich will mich nicht auf das Gebiet theologischer Ausführungen verirren, aber ich muß doch sagen: Was die Herren gesagt haben, kann von unserer Seite — es ist ja auch schon von anderer Seite geschehen — nicht ganz unwidersprochen bleiben. Die beiden Herren haben an die Spitze ihrer Ausführungen zwar den schönen Satz gestellt „Die Wahrheit soll der Leitstern und die Richtschnur sein, und alles, was nach Wahrheit hinzielt an wissenschaftlichen Bestrebungen, soll unbehelligt bleiben!“ Aber ich möchte Ihnen doch die uralte Frage entgegenhalten: „Was ist Wahrheit?“ (Sehr richtig!) Die Herren sind ja da sehr rasch mit der Antwort fertig, sie sagen: „Wahrheit ist das Dogma, welches die Kirche als solche proklamiert hat.“ Roma locuta, causa finita! Die Sache ist ganz kurz und einfach damit erledigt. So geht die Sache aber doch wirklich nicht, und mit dem Grundsatz, daß man eine derartige höchste Instanz darüber, was Wahrheit ist, entscheiden läßt, ist in der Tat jede freie Forschung, jede freie Entwicklung der Wissenschaft vollständig abgeschnitten. Die Herren sagen allerdings, es dürfe jedermann nach Wahrheit forschen; aber alsbald hört man dann die berühmte Hypothesentheorie: es sei Manches, was als Wahrheit vorgebracht sei, keine Wahrheit, sondern eine bloße Hypothese, und in kurzer Zeit wird es wieder über den Haufen geworfen. Ein Herr hat ausgesprochen, daß Leute wie Darwin, Hartmann und Nietzsche bereits längst abgetan seien. Nun, ob Darwin abgetan ist, das scheint mir doch eine etwas kühne Behauptung. (Abg. Kolb: Sehr richtig!) Aber ich möchte doch auch dieser Hypothesentheorie entschieden entgegen treten, daß etwa eine

Beschränkung nach der Richtung eintreten solle. So ziemlich jede Wahrheit ist in einem gewissen Stadium eine Hypothese und ringt sich im heftigsten Kampf durch gegen das, was als Schulweisheit zu der Zeit anerkannt ist, wo sie aufgestellt wird. Wir haben sehr oft erlebt, daß Hypothesen nach einer gewissen Zeit ein Allgemeinut der Wissenschaft, ein Gemeinplatz geworden sind, Hypothesen, die vor kurzer Zeit noch als vollständige Unwahrheit, als Unsinn von angeblich berufener Seite bezeichnet worden sind. Wir wollen die schrankenlose Freiheit in der Beziehung. Die Grenze soll nur in der wissenschaftlichen Bedeutung und Begründung der Ansicht liegen. Insofern ist natürlich eine Grenze vorhanden, daß ein wissenschaftlich gebildeter Mann auf der Universität nicht einen offenkundigen Unsinn proklamieren wird. Aber soweit sich seine Ansicht wissenschaftlich begründen und vertreten läßt, soll er die vollste Freiheit haben in dem, was er sagt.

Herr Abg. Schofer hat nun gesagt, das sei auch der Standpunkt der Kirche, daß die Wahrheit verfolgt werden soll; die Kirche habe stets die schrankenlose Freiheit gegeben. Ich muß nun sagen, ich bin kein Theologe, aber ich habe mir doch das eine oder andere Geschichtswerk angesehen und in der Schule aufgepaßt, wenn uns Geschichte doziert wurde, ich bin immer ein spezieller Freund derselben gewesen. Ich möchte nun ein Wort des Herrn Abg. Schofer variieren. Er hat gegenüber dem Herrn Minister gesagt: Der Herr Minister scheint das nicht zu wissen. Ich möchte entgegenen: Der Herr Abg. Schofer scheint nichts zu wissen von einem Giordano Bruno, von einem Johannes Suß, er scheint nichts zu wissen von einem Galilei, nichts zu wissen von einem Kopernikus, nichts davon zu wissen, daß die Kirche ganze Kreuzzüge gegen Leute, die eine andere Auffassung über Wahrheit sich erlaubten, inszeniert hat, daß die Albigenserfriege und die Waldenserfriege geführt worden sind, daß dort hunderttausende von Menschen systematisch ausgerottet worden sind, weil sie eine andere Auffassung hatten über das, was Wahrheit ist, als die damals gerade offizielle Richtung in der Kirche. Er scheint nicht zu wissen, daß ähnliche Dinge bei uns vorgekommen sind, daß ein tapferer Volksstamm in Deutschland, die Stedinger, ausgerottet worden ist auf Veranlassung der Kirche durch einen Kreuzzug, den man gegen sie proklamiert hat, weil sie ähnliche unvorschriftsmäßige Anschauungen über den Begriff der Wahrheit zu haben sich gestattet haben. Und dann kommt Herr Abg. Schofer und sagt, die katholische Kirche hat stets die schrankenlose Freiheit gewährt! Das steht auf der nämlichen Höhe der Ausführungen, welche Herr Kollege Dieterle gemacht hat, über die Fühnung, die er heute noch der scholastischen Wissenschaft zugestehen will, wo er dieses schöne Bild von dem Alpenbesteiger gebraucht hat, der sich gewiß eines kundigen Führers bei der Besteigung eines hohen Berges bedienen wird. Ganz gewiß wird er sich eines solchen Führers bedienen. Ich war auch schon auf hohen Bergen, und da wird man sich natürlich einen Führer nehmen, das ist selbstverständlich, aber einen Führer, der kundig ist, und der die Gegend kennt auf Grund seiner Beobachtung aus der letzten Zeit. Wenn mir aber ein Führer kommen und mir vorschlagen wollte, mich auf Grund einer Karte aus dem 18. Jahrhundert auf den Montblanc zu führen, so würde ich mich für einen derartigen Führer bedanken. (Seiterkeit.) Und ganz dasselbe trifft zu, wenn man uns Leute wie Thomas von Aquino entgegenhält — das ist nämlich der große Aquinate, wie ihn in etwas ungewöhnlicher Weise Herr Abg. Dieterle genannt hat; ich möchte für die Herren, die nicht so tief in die Theologie eingedrungen sind, bemerken, daß es Thomas von Aquino ist. Ich möchte doch darauf hinweisen, was Thomas von Aquino 3. B. über das Verhältnis von Kirche und Staat gesagt

hat: „Die weltliche Gewalt ist der geistlichen unterworfen, wie der Leib der Seele unterworfen ist, und deshalb ist es keine Annäherung, wenn der geistliche Vorgesetzte sich in das Zeitliche mischt in bezug auf das, worin ihm die weltliche Gewalt unterworfen ist“ — und weiter: „Dem Stellvertreter Christi (d. h. dem Papste) müssen alle christlichen Könige untertan sein, wie Christo selbst“. Daß diese Führung dem Herrn Kollegen Dieterle sehr imponiert, glaube ich (Heiterkeit); aber ich glaube auch versichern zu dürfen, daß wir eine solche Führung dankend ablehnen!

Welche Wirkung diese Ansichten bis in die heutige Zeit herein haben, möchte ich an dem Beispiele eines Mannes zeigen, der im Rufe steht, gemäßigte Ansichten zu haben, und der persona gratissima — bezeichnend für unsere Zustände — bei Hofe in Berlin ist, Cardinal Ropp, Fürstbischof von Breslau. Ich darf darauf hinweisen, was er in den neunziger Jahren bei einer Zusammenkunft der österreichischen Bischöfe, an der er als Bischof von Oesterreichisch-Schlesien teilnahm, in der Schulkommission dieser Zusammenkunft gesagt hat. Er hat damals namens des Episcopates die feierliche Erklärung abgegeben, „daß die ganze moderne Staatenordnung sich im vollsten Widerspruch mit den Grundsätzen der katholischen Religion befinde, und daß der Staat die Pflicht habe, sich zum Behufe einer totalen Umgestaltung der Gesellschaft in diesem Sinne dem kirchlichen Oberhirten zur Verfügung zu stellen. Dies weitaußergreifende Ziel habe der Episcopat unberrückbar vor Augen. Die Forderung nach dem uneingeschränkten Besitze der Schule sei nur der Beginn einer Reihe von Forderungen und Postulaten, welche nachfolgen werden und nachfolgen müssen.“ — Der Berichterstatter schließt mit den Worten: „Die Wirkung dieser Worte soll unbeschreiblich gewesen sein.“ Das glaube ich, daß die Wirkung dieser Worte eine unbeschreibliche gewesen ist! (Heiterkeit.)

Das ist der Geist, an den Sie (zum Zentrum) denken, wenn von Wahrheit die Rede ist! Das ist der Geist, in dem unsere jungen Leute in den Seminarien, in den Konvikten herangezogen werden, und mit dem sie ins praktische Leben als Beamte und als Lehrer der Jugend eintreten sollen. Ich kann namens meiner Freunde hier erklären, daß wir uns im vollen Widerspruch gegen über diesem Geiste befinden, und gerade deshalb, weil wir nicht wollen, daß mit Unterstützung des Staates und aus den Taschen der Steuerzahler dieser Geist in die Schulen eingeführt wird, sind auch wir unsererseits für die Trennung von Kirche und Staat, insbesondere auf dem Gebiete der Schule, eingetreten!

Ich will mich auf diese wenigen Bemerkungen beschränken mit Rücksicht auf das vorgerückte Stadium unserer Beratungen. (Beifall links.)

Abg. Kopf (Zentr.): Es tut mir leid, daß ich, wo wir dem Abschlusse der Diskussion nahe waren, noch ein paar Worte sagen muß. Ich hatte nicht mehr vor, irgend etwas zu sagen, obgleich mir speziell das, was der Herr Staatsminister ausgeführt hat, zu verschiedenen Erweiterungen Anlaß gegeben hätte. Doch ist dieses im wesentlichen wenigstens durch das, was meine Freunde Dieterle und Schofer vorgetragen haben, schon erledigt, sodaß ich darauf nicht zu sprechen kommen will. Lediglich demjenigen, was der Herr Kollege Benedey soeben ausgeführt hat, muß nach meiner Auffassung wenigstens mit ein paar Worten widersprochen werden.

Herr Kollege Benedey hat zur Widerlegung dessen, was unsererseits über die Auffassung der Kirche zur Lehrfreiheit ausgeführt worden ist, darauf hingewiesen, daß in früheren Jahrhunderten da und dort Keger verbrannt worden seien, daß ein Feldzug gegen die Albigenser geführt

worden sei, daß ganze Städte und Stämme ausgerottet worden seien und dergleichen. Ich muß wirklich gestehen, es hat mich gewundert, daß ein Mann, der von sich versichert, daß er historische Studien gern getrieben habe, mit diesen Argumenten auf Jemand, der überhaupt historisch denken kann, irgend welchen Eindruck zu machen glaubt. Bekanntlich gibt es ein Gesetz der historischen Entwicklung. Alle diese Maßnahmen, die von ihm ausgeführt worden sind, Kegerverbrennungen, Verfolgungen, Feldzüge gegen die Albigenser usw., sind bekanntlich das Werk der staatlichen Gewalt gewesen (Große Heiterkeit links, Zurufe). Staat und Kirche waren damals aufs engste mit einander verbunden, die Kirche hat es allerdings ausgesprochen, daß die Leute Keger seien, daß ihre Lehren verwerflich seien, die Verhängung der Strafe dafür und die Vollstreckung dieser Strafe aber hat der Staat vollzogen, die Staatsgewalt! (Abg. Dr. Obkircher: Die Kirche war der Richter, der Staat war der Henker!) Daß deshalb aus diesen Geschichten kein Gegenbeweis gegen unseren heutigen Standpunkt geführt werden kann, ist doch selbstverständlich. Es hat doch eine Entwicklung gegeben nicht bloß für den Staat, der mit solchen drakonischen Maßregeln vorgegangen ist, sondern auch in der Kirche, und es wird keinen vernünftigen Menschen geben, der diesen Maßregeln, die in harter, roher Zeit zu Tage getreten sind, heute noch irgendwie das Wort reden würde. Alle ohne Ausnahme werden sie bedauern, auch wir tun dies, das ist selbstverständlich.

Aber man muß bedenken, daß alle Strafbestimmungen der damaligen Zeit hart und grausam waren. Lesen Sie die Carolina, lesen Sie die alten Strafgesetzbücher überhaupt, dann werden Sie erkennen, mit welcher drakonischen Strafen in jener Zeit selbst gegen Kleinigkeiten vorgegangen wurde! (Abg. Fröhlich: Gerade wie jetzt in Bayern schon wieder! Heiterkeit.)

Nun hat der Herr Kollege Benedey namentlich darauf abheben zu sollen geglaubt, daß er aus Thomas von Aquin eine Stelle über das Verhältnis von Staat und Kirche vorgelesen hat. Aber auch auf diesem Gebiete gibt es doch eine historische Entwicklung! Gewiß hat es im Mittelalter eine Zeit gegeben, wo man von kirchlicher Seite den Satz aufgestellt hat, daß die Kirche über dem Staat stehe wie der Geist über dem Körper; man hat auch diesen Vergleich gebraucht. Er ist aber von kirchlicher Seite längst ausgegeben. Lesen Sie doch die bekannte Enzyklika von Leo XIII., die unser verehrter Präsident Fehrenbach vor zwei Jahren eingehend behandelt hat! (Abg. Dr. Obkircher: Dort steht: Die Entscheidung steht dem Papste zu!) Nein, die Entscheidung steht nicht dem Papste zu, sondern dort ist ausgeführt, daß jede der beiden Gewalten auf ihrem Gebiete vollständig selbständig ist! (Abg. Dr. Obkircher: Aber auf welchem Gebiete die Kirche zuständig ist, darüber entscheidet der Papst!)

Präsident Fehrenbach: Mir scheinen die Zwischenrufe doch etwas zu viel zu werden. Die Herren auf beiden Seiten können die Sache ja nachlesen! (Große Heiterkeit)

Abg. Kopf (fortfahrend): Wenn nun der gegenwärtige Papst die Philosophie des heiligen Thomas von Aquin als die Grundlage des philosophischen Studiums empfohlen hat, so hat er gerade in der neuesten enzyclica pasceudi ausdrücklich erklärt, daß damit nicht alles gebilligt werden soll, was etwa von Thomas von Aquin in anderer Hinsicht geschrieben worden ist. Ich will mir doch erlauben, diese Stelle vorzulesen. Es heißt hier: „Was also zunächst die Studien angeht, so wollen und verordnen Wir in aller Form, daß die scholastische Philosophie zur Grundlage der kirchlichen Studien gemacht werde.“ Dann

heißt es weiter: „Freilich, wenn sich bei den Scholastikern etwas findet, das allzu spitzfindig ausgefärgelt oder ohne die nötige Ueberlegung vorgebracht worden ist, oder etwas, das mit den sicher gestellten Ergebnissen einer späteren Zeit nicht stimmt, oder schließlich etwas, das in irgend einer Weise unwahrscheinlich ist: So liegt es Uns durchaus fern, das unserer Zeit zur Nachahmung zu empfehlen.“

Daraus geht doch wahrhaft klar hervor, daß, wenn die Philosophie des heiligen Thomas von Aquin zum Studium empfohlen wird, damit in gar keiner Weise verlangt wird, daß alles, was er etwa in staatsrechtlicher Hinsicht nach der seinerzeitigen Auffassung gelehrt hat, auch heute noch als Anschauung der Kirche den Theologen vorgetragen werden soll. So etwas würde den Grundsätzen, die Leo XIII. über das Verhältnis von Kirche und Staat aufgestellt hat, direkt widersprechen.

Abg. Kräuter (Soz.): Schon auf dem letzten Landtage habe ich sowie auch mein Fraktionskollege Dr. Frank den Wunsch ausgesprochen, es möge in Freiburg ein Lehrstuhl für Orthopädie errichtet werden. Ich möchte diesen Wunsch heute erneuern, und da die Großh. Regierung in verschiedenen Fragen bis jetzt Entgegenkommen gezeigt hat, auch im neuen Budget wieder, glaube ich der Hoffnung Ausdruck geben zu dürfen, daß vielleicht im nächsten Budget auch diesem Wunsche Rechnung getragen wird. Ich hatte vor einem Jahre Gelegenheit, mich persönlich von der Einrichtung dieser Spezialklinik zu überzeugen, und ich kann Ihnen sagen: der Umfang dieser Spezialität der Heilkunde wird immer größer. Es wäre ein Segen für die leidende Menschheit, wenn die Großh. Regierung auf diese Spezialität ein ebenso aufmerksames Auge haben würde wie auf verschiedene andere Dinge. Ich meine, daß die Lehre der Orthopädie mindestens ebenso wichtig ist als die Lehre von den orientalischen Sprachen. Der Professor, der in Freiburg dieser Spezialklinik vorsteht, muß, um mich volkssprachlich auszudrücken, schaffen wie ein Brunnenputzer; er macht auch die physischen Arbeiten, wie die Massagen usw., alle selber. Diese Klinik wird sehr stark in Anspruch genommen, und es stehen ihm viel zu wenig Hilfskräfte zur Verfügung. Ich glaube also, es wäre der Wunsch nach einer Professur der Orthopädie vollauf berechtigt.

Bezüglich der Petition des Universitätsbeamtenvereines Freiburg möchte ich mich zunächst dem Herrn Abg. Obkircher in seinen Ausführungen anschließen. Ich möchte mich aber nicht damit begnügen, sondern selber noch einige Worte beifügen, denn in manchen Fragen kann man das Gleiche nicht oft genug sagen, um einem Wunsche endlich Gehör zu verschaffen. Wohl hat ja der Herr Staatsminister gesagt (und auch der Herr Abg. Obkircher hat darauf hingewiesen), daß es sich hier um eine Reichssache handle, und daß die badische Staatsregierung nicht in der Lage sei, den Wünschen dieses Universitätsbeamtenvereines zu entsprechen. Es ist ja ein kleines Entgegenkommen, das ich vollauf anerkenne, seitens der Regierung gezeigt worden, indem sie einige gehobene Stellen (z. B. solche für Präparatoren usw.) geschaffen hat. Die Petenten sagen aber nun in ihrer Petition, daß von im ganzen 44 Universitätsdienern nur 10 etatsmäßig angestellt, und daß in diese Zahl sogar die Militäranwärter mit inbegriffen seien. Ob es nun Reichssache ist oder nicht, ich kann es nicht verstehen und kann es nicht als gerecht finden, daß wir diese Stellen einfach für Militäranwärter vorbehalten müssen; denn man hat ja noch nicht einmal die Gewißheit, ob sich überhaupt genügend Militäranwärter dazu melden wollen. Ich betrachte es als eine große Ungerechtigkeit, daß man Leute, die schon so und so viele Jahre in ihrem Dienste sind und diesen Dienst, der doch auch gewisse technische Fertigkeiten

erfordert, zur größten Zufriedenheit versehen, nun alle in der Ungewißheit schweben läßt, ob sie später in diesem ihrem Amte auch einmal eine gesicherte Existenz haben werden. Ich kann die Lage dieser Kategorie von Beamten begreifen, und ich glaube, daß die Großh. Regierung ihr Entgegenkommen noch etwas ausdehnen könnte, um diese Leute wenigstens einigermaßen zu sichern.

Nun möchte ich noch auf den Neubau des Kollegienhauses in Freiburg zu sprechen kommen, worüber ich gestern schon einige Worte sagen wollte. Daran, daß der Voranschlag schon jetzt bedeutend überschritten wurde, ehe dieser Bau auch nur zum Boden herausgewachsen ist, will ich keine Kritik üben; ich will umso mehr davon absehen, weil der Architekt, der ursprünglich diesen Bau übernommen hat, mittlerweile verstorben ist. Einem Wunsche aber, den schon der Herr Abg. Obkircher ausgesprochen hat, möchte ich mich anschließen, dem Wunsche nämlich, daß dieser Bau von jetzt ab etwas mehr beschleunigt wird, damit er, wie es ja auch im Vertrag mit dem Architekten, der gegenwärtig beauftragt ist, vereinbart wurde, im Jahre 1911 dann endgültig fertiggestellt ist, und es nicht wieder sozusagen einen „ewigen Bau“ gibt, wie es der Universitätsbibliothekbau in Freiburg war. Nun aber noch zu einer anderen Frage, zur Beschäftigung der Arbeiter an diesem Neubau. Der Herr Finanzminister und auch verschiedene Herren des Zentrums haben neulich geglaubt, an dem angeblichen Terrorismus, der beim Neubau des Lehrerseminars in Heidelberg von frei organisierten Maurern geübt worden sei, eine scharfe Kritik üben zu müssen. Wir billigen einen solchen Terrorismus durchaus nicht, wenn er wirklich als solcher bezeichnet werden muß. Ich möchte aber jetzt, bei diesem Neubau, auf die Rehrseite hinweisen, auf die Klagen nämlich, es seien in Freiburg frei organisierte Maurer einfach zurückgewiesen worden (Abg. Süßkind: Hört! Hört!), und man ziehe bis jetzt christlich organisierte oder italienische Arbeiter vor. Wenn Sie den Terrorismus verurteilen, dann müssen Sie konsequentermaßen vollständig gerecht sein und dürfen auch nicht dulden, daß man gerade die sozialdemokratisch angehauchten, die frei organisierten Arbeiter zurückweist.

Ich will damit nicht sagen, daß die Regierung von diesen Vorgängen Kenntnis hat, ich glaube, daß nicht einmal die oberste Bauleitung davon weiß, sondern die Machtbefugnis der Polizei ist es, welche bis jetzt dort in solcher Willkür gewirtschaftet hat; ich bitte also die Großh. Regierung, Schritte zu tun, daß in dieser Beziehung nach Gerechtigkeit und Gleichheit gehandelt wird.

Dann hat der Herr Abg. Dieterle es meinem Freunde Kolb sehr übel genommen, daß dieser daran Kritik geübt hat, daß man Zöglinge in den Lehrerseminaren zwingt, am Religionsunterricht teilzunehmen. Solange nicht nach unserem Grundsatz verfahren wird, solange nicht die Forderung unseres Programms durchgeführt ist, daß die Kirche vom Staat getrennt werde, solange wird es immer solche Streitigkeiten geben. Wenn aber von unserer Seite hieran Kritik geübt wird, oder wenn nur einige Worte gesprochen werden, dann heißt es immer gleich: „Religionsfeindschaft!“ Ich nenne es aber nicht mehr „Verfreiheit“ und „Freiheit der Wissenschaft“, wenn man die Zöglinge, diese Lehrer alle zwingt, am Religionsunterricht teilzunehmen, auch sofern sie überhaupt innerlich nicht der Ansicht sind, die in dem Religionsunterricht gelehrt wird. Es ist ja eine Vergewaltigung, wenn man das schon als Vorbedingung für Einen, der zum Lehrerberuf Lust und Freude hat, aufstellt, und wenn man ihm sagt: Du mußt am Religionsunterricht teilnehmen. Dadurch wird

mancher mit sich in einen inneren Konflikt kommen. Der Religionsunterricht sollte lediglich Sache der Religionslehrer, Sache der Geistlichen sein. Die Religion gehört vollständig vom anderen Unterrichtsgebiet getrennt. Wenn Sie Freiheit der Wissenschaft wollen, dann lassen Sie aber jedem Menschen die Freiheit seiner eigenen Ueberzeugung und bringen Sie nicht schon die Kinder samt dem Lehrer in Ihren Kultus, in Ihr Dogma hinein!

Der Herr Abg. Dieterle hat weiter gesagt, es würden sich manche Eltern hüten, ein Kind in eine solche Anstalt zu schicken. Glauben Sie (zum Zentrum), daß, wenn in unserer Sinn verfahren würde, wenn Staat und Kirche getrennt würden, dann die Anstalten gerade so zahlreich besucht würden? (Abg. Dieterle: O nein!) Doch, ich glaube, im Gegenteil noch zahlreicher! Mancher hätte eine größere Lust, der vorher lediglich in seinem Innern eine andere Ueberzeugung hatte. Der Lehrer soll doch in der Hauptsache dazu berufen sein, den Schülern die Elementarunterrichtsfächer beizubringen. Die Religion als solche muß aber mindestens für den Lehrer selbst keine eigene persönliche Sache sein dürfen; der Lehrer muß seiner Ueberzeugung Rechnung tragen dürfen, und wohin gelangen wir, wenn er gezwungen wird, die Schüler etwas zu lehren, was er selbst nicht glaubt?

Diesem gehört ein Ende gemacht, und die Kirche würde viel besser dabei fahren. Sie würde durchaus keinen Verlust erleiden. Im Gegenteil, sie dürfte dann die Gewißheit haben, daß diejenigen, die dann noch zu ihr kommen, auch innerlich mit ihr einer Ueberzeugung sind und Vertrauen zu ihr haben. Dann würde vielleicht ein Zustand geschaffen werden, bei dem auf dieser Seite (zum Zentrum) und namentlich vonseiten der Geistlichen mehr Toleranz geübt würde (Abg. Fröhlich: Sehr richtig!), die in den letzten Jahren sehr zu vermessen ist (Widerpruch beim Zentrum). Dann würde mancher nicht der Kirche Palet sagen; mancher Proletarier könnte noch in der Kirche seine Befriedigung finden, Vertrauen zum Geistlichen bekommen, wenn er sehen würde, daß dieser in sozialer Beziehung mehr zum Arbeiterstand hält, aber nicht in der Betätigung, die man christlich organisiert und christlich sozial nennt, sondern die man als wirklich religiös nach den Lehren des Nazareners bezeichnen kann. Nach diesen Lehren wird heute nicht mehr gehandelt, sondern die Religion wird nach Ihrer (zum Zentrum) politischen Taktik gelehrt. Wenn Sie andere Zustände im Lande haben wollen, müssen Sie dem selber abhelfen.

Herr Oberregierungsrat Dr. Böhm: Es liegt mir ob, auf die Einzelheiten einzugehen, die von verschiedenen Seiten berührt worden sind. Da komme ich zunächst auf das Schmerzenskind, das das Hohe Haus schon wiederholt beschäftigt hat: die laryngologische Klinik in Heidelberg. Es hat sich da insofern ein Zentrum eingeschlichen, als ich glaube von dem Abg. Kopf, gesagt worden ist, der Vertreter der Laryngologie habe das Anerbieten des Ministeriums, die Klinik in einem gemieteten Hause unterzubringen, deshalb abgelehnt, weil seine Privatklinik dort nicht untergebracht werden könne. Die Sache liegt etwas anders. Nicht weil die Privatklinik dort nicht untergebracht werden konnte, sondern weil kein Raum für die Ambulanz in diesem Hause war, hat er das Anerbieten abgelehnt. Ich gebe zu, daß das angebotene Haus tatsächlich nicht besonders schön und zweckentsprechend war, aber es war das einzige, das zur Verfügung stand. Die Laryngologie ist — und das muß ich immer wieder betonen — ein Spezialfach. So sehr die Regierung die Tätigkeit des verdienten Vertreters der Laryngologie in Heidelberg anerkennt, so wenig kann sie das sachliche Bedürfnis nach dem Neubau einer laryngologischen Klinik so hoch stellen, daß sie diese For-

derung den vielfachen Anforderungen für wichtige und zentrale Institute der Universität voranstellen kann. Die Regierung muß auf die Mittel, die zur Verfügung stehen, Rücksicht nehmen, und wenn sich nun für Kliniken, wie die medizinische oder die chirurgische Klinik, die tatsächlich das Rückgrat des klinischen Studiums sind, dringende Bedürfnisse herausstellen, so müssen diese eben vorgehen. Wenn immer wieder darauf hingewiesen wird, daß ja in Freiburg eine stationäre laryngologische Klinik vorhanden sei, so kann ich darauf nur erwidern: Auch in Freiburg ist die laryngologische Klinik lediglich in einem Privathause, das dazu adaptiert worden ist, untergebracht. Die Verhältnisse sind dort keineswegs ideale, und wenn Sie den Freiburger Vertreter der Laryngologie hören würden, so würden Sie gewiß nicht den Eindruck haben, daß er vor seinem Heidelberger Kollegen so sehr bevorzugt sei.

Was das Krebsinstitut anlangt, so kann ich mich dem anschließen, was die Herren Abg. Dieterle und Rohrhurst über die hochherzigen Stifter und über das große Verdienst gesagt haben, das sich diese edeln Menschenfreunde um die Bekämpfung dieser Geißel der Menschheit erworben haben. Es ist ganz richtig, daß tatsächlich die Frequenz des Samariterhauses noch darunter zu leiden hat, daß in dem Publikum noch viel zu wenig bekannt ist, was dort geleistet wird und wie insbesondere der Krankheit in den Anfangsstadien mit Erfolg entgegengetreten werden kann. Es muß aber auch darauf hingewiesen werden, daß in weiten Kreisen ein Vorurteil dagegen besteht, die Kranken in das Samariterhaus unterzubringen, weil man eben weiß, daß dort Krebsfranke gepflegt werden. Der Anregung, die der Herr Abg. Dieterle gegeben hat, durch Belehrung und durch Prospekte aufklärend zu wirken, ist zum Teil schon dadurch entsprochen worden, daß die Direktion der Klinik einen Prospekt an die Ärzte verteilt hat. Ich werde aber sehr gern die Anregung weiter verfolgen, daß dieser Prospekt auch den Pfarrämtern zugestellt wird. Ich darf hierzu bemerken, daß eben auch durch die Stifter, denen Sie den Dank ausgesprochen haben, dafür gesorgt ist, daß in der Klinik einige Plätze für Vermögenslose vorhanden sind. Es sind etwa 10 Prozent der Betten für vermögenslose Patienten vorbehalten, die dort vollständig frei gepflegt werden.

Dem Herrn Abg. v. Menzingen kann ich mich in dem, was er über das segensreiche Wirken des akademischen Krankenhauses gesagt hat, vollständig anschließen, aber ich muß ihm entgegenreten, wenn er die akademische Krankenhauskommission, d. h. ein Kollegium bestehend aus den Direktoren sämtlicher mit dem akademischen Krankenhause verbundenen Kliniken, als eine verfehlte Organisation angreift, der die Einheit und Straffheit in der Führung der Verwaltungsgeschäfte fehlen. Alle die Dinge, über die der Herr Abg. v. Menzingen geklagt hat, sind tatsächlich nicht Sache der akademischen Krankenhauskommission, sondern lediglich der Krankenhausverwaltung. Ich muß nun durchaus anerkennen, daß das, worüber der Herr Abg. v. Menzingen vor allem geklagt hat, nämlich das kalte Essen, immer und immer wieder einen Beschwerdepunkt bildet, der auch die Regierung schon beschäftigt und zu mehrfachem Schriftwechsel zwischen Ministerium und Krankenhausverwaltung geführt hat. Gerade jetzt werden Maßnahmen erwogen, die, wie ich hoffe, zur Abhilfe führen werden. Nicht begründet ist die Beschwerde, daß die Speisen an sich nicht richtig gewählt werden, und daß des Abends nur Wurst und Kartoffelsalat verabreicht wird. Es geschieht hinsichtlich der Verpflegung alles, was für die Verpflegungsjahre geleistet werden kann; im allgemeinen wird Wurst und Kartoffelsalat von den Patienten, die

keiner besonderen Diät bedürfen, sehr gern gegessen werden, Klagen darüber sind dem Ministerium bis jetzt nicht zu Ohren gekommen. Die Zentralisierung der Küche hat auf die Qualität der Kost keinen schlechten Einfluß. Ich weiß von den Herren Klinikern, die von auswärts nach Heidelberg gekommen sind, daß das Essen sehr gut zubereitet wird. Wenn der Herr Abg. v. Mentzingen die Beaufsichtigung der Küche durch einen Arzt wünscht, so kann ich sagen, daß diesem Wunsche durch den neuen Direktor der medizinischen Klinik schon Rechnung getragen wurde. Auch der Küchensettel wird regelmäßig unter ärztlicher Aufsicht festgesetzt, alle Beschwerden über die Kost werden von dem mit der Aufsicht betrauten Arzte geprüft. Den Beschwerden, die jetzt wieder bekannt geworden sind, soll abgeholfen werden, es sind deswegen sofort die nötigen Schritte eingeleitet worden (Sehr gut).

Wenn der Herr Abg. Pfeiffle über die Zustände in der psychiatrischen Klinik in Heidelberg geklagt hat, so bin ich der erste, der anerkennen muß, daß tatsächlich in der psychiatrischen Klinik die Zustände nicht so sind, wie sie sein sollen. Das hängt mit der ganz unerträglichen Ueberfüllung der Anstalt zusammen, die durch die rasche Zunahme der Zahl der Geisteskranken in den letzten Jahren für das Land veranlaßt und die Ihnen bekannt ist aus der Vorlage, die kürzlich wegen Bewilligung der Gelder für den rascheren Ausbau der Anstalten in Wiesloch und bei Konstanz vom Ministerium des Innern eingebracht wurde. Die psychiatrische Klinik in Heidelberg ist gebaut worden für eine Krankenzahl von 110 Personen, sie hat aber in den letzten Jahren wiederholt bis zu 180 Personen beherbergen müssen. Bei einer solchen Ueberfüllung müssen immer eine Anzahl Kranker auf Bodenmatten liegen. Die Aufstellung von 180 Krankenbetten ist schlechterdings unmöglich, die Bodenmatten werden jeweils abends auf Schlafzimmer und Korridore verteilt und morgens, wenn die Kranken aufgestanden sind, wieder zusammengerückt, um die Korridore frei zu machen. Das ist ein schlechter Zustand, aber ich bin überzeugt, daß, sobald die Anstalten in Wiesloch und bei Konstanz mehr Kranke aufnehmen können, die Klagen wegen der Ueberfüllung der psychiatrischen Kliniken verstummen werden. Tatsächlich leiden die psychiatrischen Kliniken als Lehranstalten und Anstalten für die Forschung unter der Ueberfüllung ebenso sehr wie die Kranken.

Wenn nun darüber geklagt worden ist, daß das Kanzleipersonal bei der psychiatrischen Klinik zu schwach sei, daß es dem Sekretär und seinem Schreibgehilfen unmöglich sei, alle schriftlichen Arbeiten zu besorgen, und daß Kranke diese Arbeit leisten müßten, so kann ich demgegenüber nur sagen: Der Beizug der Patienten zum Schreibwerk ist viel weniger dadurch hervorgerufen, daß die Schreibarbeit auf dem Sekretariat nicht geleistet werden kann, als dadurch, daß man die Kranken beschäftigt muß. Diese Beschäftigung erfolgt je nach Lage des Falles. Die Leute, die kräftig genug sind, um im Garten zu arbeiten oder andere körperliche Dienste zu leisten, werden dazu verwandt; andere können nach ihrer Vorbildung und nach ihrer Lebensstellung diese Arbeit nicht leisten; die werden dann zu solchen Schreibarbeiten herangezogen. Aber Sie dürfen überzeugt sein, daß die Auswahl der Schreibarbeiten, die den Kranken übertragen werden, nach besonderer Anordnung des Ministeriums anlässlich der Visitationen sorgfältig getroffen wird und daß Dinge, die vertraulich sind, nicht in die Hände der Geisteskranken kommen dürfen. Wenn hiergegen etwa gefehlt worden sein sollte, so wäre es direkt gegen die Weisung geschehen, die in dieser Angelegenheit gegeben worden ist.

Wenn behauptet wird, daß die Assistenten bei der

psychiatrischen Klinik in Heidelberg sehr schlecht gestellt seien, daß sie nur 600 Mark Vergütung bekämen, so entspricht das nicht den Tatsachen. Es sind an der Klinik 4 Assistenten angestellt; der erste bezieht 1800 M., der zweite 1000 M., der dritte und vierte je 700 M. neben vollständig freier Station. Nun mag das auf den ersten Blick als geringe Bezahlung für den wirklich schweren und verantwortungsvollen Dienst erscheinen. Allein man darf nicht vergessen, daß die Gewährung von freier Station einen Wert von mindestens 1000 bis 1200 M. repräsentiert, daß also immerhin Vergütungen bezahlt werden, die zwar nicht hoch sind, aber ausreichend für den Lebensunterhalt. Im übrigen kann ich darauf hinweisen, daß eine Erhöhung der Vergütungssätze für die Assistenten im Budgetnachtrage beantragt werden wird.

Die Luisenheilanstalt befindet sich in der Tat in schlimmer finanzieller Lage. Die Anstalt ist eine außerordentlich wohlthätige; ich kann dem beipflichten, was der Herr Abg. v. Mentzingen über den früheren, sehr verdienten Leiter der Anstalt, Professor Bierordt, gesagt hat. Der leider viel zu früh verstorbene Professor Bierordt hat etwas ganz Ausgezeichnetes aus dieser Anstalt gemacht, wir schulden ihm dafür herzlichen Dank. Diesen Dank darf ich auch ausdehnen auf die Männer, von denen der Herr Abg. Wilkens gesprochen hat, auf die Leuchten der Wissenschaft, die der Universität Heidelberg in den letzten zwei Jahren verloren gegangen sind, teils durch Tod, teils dadurch, daß sie sich in den Ruhestand zurückgezogen haben, teils dadurch, daß sie Rufan an andere Universitäten gefolgt sind. Der Universität sind durch den Weggang dieser trefflichen Männer schwere Verluste entstanden. Die Regierung hat mit Sorge der Neubesehung dieser Stellen entgegengeesehen und oft gezwweifelt, ob ein richtiger Ersatz für diese Männer gefunden werden könne. Von allem, was in den Verhandlungen gesagt worden ist, ist für die Regierung mit das Erfreulichste, daß ihr Bestreben anerkannt worden ist, diese Lücken auszufüllen und der Erfolg, den sie dabei gehabt hat.

Ich komme auf die Luisenheilanstalt zurück; sie ist ein Wohlthätigkeitsinstitut. Ein Einfluß der Regierung auf das finanzielle Gelingen dieses Wohlthätigkeitsinstituts besteht nicht. Sie erfährt die finanziellen Ergebnisse der Anstalt post festum aus den Jahresberichten. Nun hat der Herr Abg. v. Mentzingen gefragt: „Wie will die Regierung diese Verhältnisse sanieren?“ Ja, ich glaube, es ist eine zu große Anforderung an die Regierung, etwas zu sanieren, was sie gar nicht in der Hand hat. Tatsächlich liegen die Verhältnisse heute so — ich habe die Ergebnisse für 1907 im Auge —, daß der Verein durch Vereinsbeiträge, durch Sammlungen und andere Veranstaltungen den Betrag von rund 9000 Mark zusammengebracht hat. Die Regierung hat im letzten Jahre einen Betrag von 7900 Mark geleistet, die Stadt Heidelberg einen Betrag von 3300 Mark und der Kreis einen Beitrag von 3750 Mark. Ich habe nun die sehr trüben finanziellen Ergebnisse, die mit einem Defizit von etwa 20 000 Mark abschließen, mit den Herren vom Verwaltungsrat erörtert. Die Ansicht der Regierung ist die, daß, wenn ein Wohlthätigkeitsinstitut, das über eine Einnahme von 9000 Mark aus Wohlthätigkeit zu verfügen hat, finanziell geordnet sein soll, die Wohlthätigkeit nicht über diese 9000 Mark ausgebeutet werden darf, soweit nicht von irgend einer anderen Seite Deckung geleistet wird. Die Regierung hat sich gern bereit erklärt, der Anstalt entgegenzukommen, weil sie ihren Wert für die Universität anerkennt und den Verwaltungsrat und insbesondere den Rechnung, Herrn Kommerzienrat Landfried der die ganze Last der finanziellen Verwaltung trägt, und der in allen Schwierigkeiten nicht bloß mit

persönlicher Energie und Tatkraft, sondern jederzeit auch mit finanzieller Hilfe eingetreten ist, in dieser schwierigen Lage nicht verlassen will. Aber der Staat allein kann nicht helfen. Es ist in diesem Budget das Aversum von 4400 M. auf 10 000 M., also um 5600 M., erhöht worden, und es sind außerdem 2000 M. für Affizienz eingestellt, so daß tatsächlich der Staat 12 000 Mark Zuschuß leistet. Diefem Staatszuschuß von 12 000 M. stehen gegenüber die Leistung der Wohltätigkeit mit 9000 M., die Leistung der Stadt mit 3300 M. und die Leistung des Kreises mit 3750 M. Nehmen Sie also hinzu, daß der Staat auch noch den Direktor der Anstalt besoldet, so ist klar, daß die Hälfte von all dem, was nicht durch Verpflegungsgelder eingeht, der Staat leistet, und ich glaube, die Sanierung muß dahin gehen, daß auch die anderen Instanzen, die großes Interesse an der Anstalt haben, Stadt und Kreis, ihre Beiträge erhöhen, und daß in mäßiger Weise die Pflege für die vermöglichen Kranken hinaufgesetzt werden. Tatsächlich liegen die Verhältnisse heute so, daß an Verpflegungsgeldern im Jahre 1907 eine Einnahme von 48 800 M. erzielt wurde, und daß nur für Speisen und Getränke 48 700 M. verausgabt worden sind. Wenn daneben für Heizung, Beleuchtung, Reinigung, für die Verbandstoffe, die Heilmittel, das Inventar und das Personal die Summe von rund 40 000 Mark ausgegeben wird, so läßt sich das mit 9000 Mark Wohltätigkeitseinnahmen nicht leisten. Eine Erhöhung der Verpflegungssätze und der Beiträge von Stadt und Kreis ist neben dem erhöhten Staatsbeitrag unbedingt erforderlich. Der Staat muß auch für die ganz ähnlich organisierte Anstalt in Freiburg sorgen, für das Sildafrankenhaus. Auch dort ist der Staatsbeitrag von 2000 M. auf 4800 M. gestiegen. Dieser Betrag ist noch ein sehr geringer, auch da werden wir bald durch die Verhältnisse genötigt sein, einen Beitrag in ähnlicher Höhe wie für die Zuisenheilanstalt zu leisten. Jedenfalls kann es die Regierung nicht verantworten, das Defizit von Anstalten zu tragen, auf deren Betrieb ihr nicht der geringste Einfluß zusteht.

Ich komme nur zur Universität Freiburg. Fast alle Herren Abgeordneten haben sich mit dem Kollegienhausneubau befaßt und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß wir bei dem Kollegienhaus nicht dieselben Erfahrungen wie bei der Universitätsbibliothek machen; dieser Hoffnung möchte ich mich anschließen. Die Schwierigkeit, die der raschen Förderung dieses Gebäudes bisher entgegenstanden, waren derart, daß daran nichts geändert werden konnte: Krankheit und Tod des Architekten. Ich bin überzeugt, daß der auf Sommer 1911 festgesetzte Termin von dem jetzigen Architekten, der sich mit voller Energie und großem Fleiß seiner Aufgabe zugewendet hat, eingehalten werden kann.

Es sind nun verschiedene Wünsche vorgetragen worden wegen der Vergabung der Arbeiten, und es ist getadelt worden, daß dabei Nichtfreiburger und Nichtbadener berücksichtigt worden sind. Sie wissen, daß die Verordnung über das Verdingungswesen nicht zur Zuständigkeit unseres Ministeriums gehört. Wir haben lediglich nach dieser Verordnung zu verfahren. Bei der Ausschreibung der Maurer- und Fundationsarbeiten haben die beiden Niederbietenden, die Firmen Sefmann und Holzmann in Frankfurt a. M. Angebote von 549 000 bzw. 557 000 M. eingereicht. Das niedrigste Gebot der Freiburger Firmen war 646 000 M., also rund 100 000 M. höher; die anderen Gebote der Freiburger Firmen sind bis 720 000 M. gestiegen. Trotzdem nach diesem Ergebnisse nicht anzunehmen war, daß noch die Möglichkeit zur Berücksichtigung der badischen Firmen ge-

geben war, hat sich der Architekt auf weitere Verhandlungen eingelassen, in denen die Firmen mit ihren Forderungen um 41—50 000 M. heruntergegangen sind; es blieb aber noch immer ein Unterschied gegenüber dem billigsten auswärtigen Gebot von 56 000 M. bestehen. Gerade dieses Heruntergehen hat dem Ministerium nicht sehr gefallen. Wohin würden wir kommen, wenn wir gegen die Verordnung über das Verdingungswesen in einem solchen Fall einfach der badischen Firma den Zuschlag geben würden? Die beiden Frankfurter Firmen haben genau kalkuliert, und sie sind nur um 8000 Mark voneinander abgewichen, während dann ein Sprung von 100 000 M. einsetzt. Das kann die Regierung nicht verantworten, daß derartige Angebote zum Nachteil der Staatskasse berücksichtigt werden. Es wurde nun darauf hingewiesen, man sollte bei Vergabung der Arbeiten am Kollegienhaus die genossenschaftlichen Vereinigungen kleinerer Meister berücksichtigen. Das ist bei Arbeiten, wie bei Maurer- und Steinbauerarbeiten, nicht möglich. Es ist das eine Quelle von Streitigkeiten auf der Baustelle, und die Baubehörde weiß nie, an wen sie sich halten soll; möglich ist dieses Verfahren bei Schreiner- und Glaserarbeiten und ähnlichen Arbeiten; aber gut ist es auch da nicht. Leider muß ich darin dem Herrn Abg. Nebmann widersprechen, daß sich dieses Verfahren beim Seminarbau in Freiburg bewährt habe. Wenn der Herr Abg. Nebmann die Bauinspektion fragen würde, so würde er anderer Ansicht sein. Ich kann nur ganz ausdrücklich die Versicherung geben, daß die Regierung immer bestrebt ist, innerhalb der Grenzen der Verdingungsverordnung die badischen Firmen zu berücksichtigen. Sie sehen das daraus, daß der Architekt trotz der hohen Differenz mit den Freiburger Baufirmen noch verhandelt hat. Daß aber tatsächlich die Regierung hierbei nicht vereinzelt vorgeht, das bitte ich Sie aus dem Folgenden zu entnehmen: Gleichzeitig mit dem Bau des Kollegienhauses ist von der Stadt Freiburg der Theaterneubau begonnen worden. Die Maurerarbeiten für diesen Bau wurden vergeben vor der Vergabung der Arbeiten für das Kollegienhaus, aber auch die Stadt Freiburg, die doch gewiß die einheimischen Firmen berücksichtigt hätte, hat sie an dieselbe Firma Sefmann in Frankfurt vergeben.

Wenn der Herr Abg. Kräuter gesagt hat, daß auf der Baustelle die sozialdemokratischen, die organisierten Arbeiter von den Polieren zurückgewiesen werden, so ist die Kenntnis von dieser Tatsache erst heute durch die Äußerung des Herrn Abg. Kräuter an die Regierung gekommen. Die Regierung billigt das nicht, wir wollen, daß tatsächlich alle Arbeiter aus Freiburg zugelassen werden, die sich auf der Baustelle gut betragen, mögen sie Vereinigungen angehören, welchen sie wollen. Der Unternehmer der Maurerarbeiten sollte die sozialdemokratischen Arbeiter nicht zurückweisen (Bravo! bei den Sozialdemokraten). Darüber sollen noch Erhebungen gemacht werden. Ich kann eine Erklärung nicht abgeben, weil die Regierung vorher nichts von der Sache gewußt hat.

Der Herr Abg. Kopf hat dann die Frage des Grundstockvermögens berührt, und es für sehr bedenklich erachtet, daß 3 Bauten aus dem Grundstockvermögen errichtet werden sollen, weil dadurch die Universität insofern leidet, als sie bei etwa künftigen unglücklichen Zeiten nicht mehr mit einem rentierenden Vermögen für die Erhaltung der Universität auftreten kann. An und für sich sind ja diese prinzipiellen Erwägungen wohl ganz zutreffend, sie sind nur etwas verspätet, weil das rentierende Grundstockvermögen nicht mehr groß genug ist. Die Dotation der Universität Freiburg beläuft sich heute mit dem Wohnungsgeld auf etwa 900 000 M., dem gegen-

über sind die Einnahmen aus dem rentierenden Grundstockvermögen mit 45 000 M. im Budget eingestellt, wovon für Lasten und Steuern etwa 13 000 M. abgehen, so daß tatsächlich das Grundstockvermögen zur Alimentierung der Hochschule nur 32 000 M. beträgt. Sie werden mir einräumen, daß die Hochschule damit in kritischen Zeiten nicht gehalten werden kann. Ich glaube, es ist eine ganz weise Einsicht, wenn jetzt die Universität selbst in der Erkenntnis, daß es für den Staat schwer ist, eine so blühende Universität auf ihrer Höhe zu halten, mit ihren Mitteln einspringt. Es ist für die Freiburger Universität als Korporationsanstalt viel produktiver, wenn sie ihr Vermögen in wissenschaftlichen Instituten anlegt, als in Hofgütern, zu deren Verwaltung die Universität und ihre Organe nicht die geeigneten Stellen sind.

Es ist von dem Herrn Abg. Kopf wegen der Nervenabteilung der psychiatrischen Klinik der Wunsch ausgesprochen worden, man sollte noch einmal prüfen, ob dieser Neubau nicht besser umgedreht oder ganz hinter die psychiatrische Klinik verlegt werden könnte. Alle diese Punkte sind bei der Aufstellung des Projekts schon berücksichtigt worden. Die Verlegung hinter die psychiatrische Klinik ist ohne Geländeerwerb unmöglich; eine Drehung des Gebäudes würde dem Bau eine Fensterichtung nach Osten und Westen geben, was man bei einem Krankenhaus gerne vermeidet. Eine wesentliche Beeinträchtigung des Bildes der psychiatrischen Klinik wird nicht eintreten.

Es wurden dann hinsichtlich der Bibliothek verschiedene Wünsche vorgetragen: Einmal, man solle für die Bibliothek auch einen Theologen als Bibliothekar oder Hilfsarbeiter anstellen. Ich durfte schon in der Budgetkommission sagen, daß die Regierung diesen Wunsch für berechtigt hält und ihm auch nie entgegengetreten wird; aber dabei hat die Bibliotheksverwaltung mitzuspochen; sie weiß, daß solche Wünsche an das Ministerium herangetragen sind und daß wir diesem Wunsche sympathisch gegenüber stehen. Es wird sich also nur darum handeln, einmal, daß eine Stelle frei wird, und ferner, daß ein geeigneter Theologe sich für die Stelle findet. Daß an und für sich das Bestreben besteht, die reichen Schätze der theologischen Abteilung der Bibliothek auch wirklich sachmännisch zu bearbeiten, das dürfte daraus hervorgehen, daß ein junger Geistlicher 2 Jahre mit der Katalogisierung dieser Abteilung betraut war. Ich würde es begrüßen, wenn die Bibliothek einen tüchtigen geistlichen Sachmann bekommen könnte, der in der Bibliothek speziell der theologischen Abteilung sich widmen könnte.

Wenn darauf hingewiesen worden ist, daß die Bibliothek in Freiburg sich mit 22 000 M. gegenüber 36 000 M. in Heidelberg begnügen muß, so liegt der Grund hierfür in einer langen geschichtlichen Entwicklung beider Bibliotheken. Er liegt aber auch darin, daß die Heidelberger Bibliothek an Büchern und Handschriften etwa doppelt so ist wie die Freiburger. Allein der Betrieb der Universitäts-Bibliothek in Heidelberg hat nach der Verlegung der Bibliothek aus dem alten Gebäude in das neue für Heizung, Reinigung und Beleuchtung einen Mehraufwand von 10 000 M. erfordert. Auch das Ubersum für die Freiburger Bibliothek wird allmählich in die Höhe gebracht werden; nur dürfen wir dieses Tempo nicht rascher nehmen, als es mit der Leistungsfähigkeit des Landes verträglich ist. Von den Universitätsgebühren wird auch in Heidelberg ein großer Betrag für die Universitäts-Bibliothek verwendet.

Der Herr Abg. Schofer hat noch weiter Vergleichen zwischen dem Heidelberger und Freiburger Budget angestellt. Das ist wohl nicht zulässig. Freiburg war lange Jahre weitaus

die kleinere Universität, sie ist auch jetzt in ihrer Dotation in einzelnen Ausgestaltungen zurückgeblieben, weil der Staat nicht Schritt halten konnte mit der Entwicklung. Aber trotzdem könnte ich in derselben Weise, wie der Herr Abg. Schofer Ihnen einzelne Zahlen zu ungunsten von Freiburg vorgeführt hat, auch einzelne Zahlen anführen, die zu gunsten von Freiburg ausfallen. Eine völlige Gleichheit bei beiden Hochschulen herzustellen, ist unmöglich. Ich glaube, der Staat tut für Freiburg, was er kann, und er wird auch weiterhin bemüht sein, die einzelnen Bedürfnisse zu befriedigen, insbesondere auch die Seminare.

Ich komme nun auf die Frage der Professur für semitische Sprachen. Herr Abg. Kopf hat gestern gesagt, er glaube, die Umwandlung der beiden theologischen Extraordinariate für Apologetik und für Patrologie und christliche Archäologie sei doch erheblich notwendiger als diejenige der Professur für semitische Sprachen, deren Vorlesungen nur ganz gering belegt seien. Nun ist der Regierung schon der Herr Abg. Heimburger zu Hilfe gekommen, indem er Ihnen mitgeteilt hat, wie es auch tatsächlich richtig ist, daß die semitischen Sprachen an allen Universitäten Deutschlands mit Ausnahme von Erlangen und Freiburg von einem Ordinarius vertreten werden. Es ist deshalb wohl auch für die Universität Freiburg, an der sehr viele Philologen studieren, erwünscht, hier ein Ordinariat einzurichten. Ich darf aber doch auch darauf hinweisen, daß der Extraordinarius, der die syrische, hebräische, assyrische und babylonische Sprache lehrt, ein Arbeitspensum von 9 Vortragstunden in der Woche und ein Seminar von 2 Stunden zu bewältigen hat, während die beiden Herren, welche die Extraordinariate für Apologetik und für Patrologie und christliche Archäologie vertreten, tatsächlich nur zwei bis drei Vortragstunden und daneben ein Seminar von 1, 1/2 bis 2 Stunden halten. Das ist keine Lehraufgabe, die einen Ordinarius voll beschäftigt. Nun hat Herr Abg. Schofer gemeint, man könnte ja die Apologetik sofort von drei Stunden auf 4 Stunden ausdehnen. Wenn das so einfach wäre, wäre es wohl schon geschehen. Aber tatsächlich ist es bei einer Studiendauer von 6 Semestern für die katholischen Theologen unmöglich, noch mehr Stunden in die Studienzeit hineinzubringen. Das akademische Triennium ist allein noch für die katholischen Theologen festgehalten worden. In allen anderen Fächern ist man längst über dieses akademische Triennium hinausgegangen. Erfolgt die Ausdehnung der Studienzeit auch in der theologischen Fakultät, so können auch einzelne Vorlesungen ausgedehnt werden, vorher nicht. Im übrigen darf ich bemerken, daß der Vertreter der Apologetik erst in den letzten Tagen einen Ruf für die neuteamentliche Exegese an der Universität in Freiburg erhalten hat. Also für diesen Gelehrten wird ja hiermit ein Ordinariat geschaffen, und sein Nachfolger in dem Extraordinariat mag sich eben in diesem in derselben Weise bewähren, wie das sein Vorgänger getan hat, dann wird auch ihm die Beförderung nicht fehlen.

Auch heute sind wieder Wünsche wegen der Neugründung von neuen Lehrstühlen vorgetragen worden. Der Herr Abg. Kräuter wünscht ein Ordinariat für die Orthopädie. Gewiß ist das ein wichtiger Zweig der Chirurgie. Sowohl in Heidelberg wie in Freiburg ließe dieses Fach ein Extraordinarius. Ich gebe zu, daß auch die Orthopädie in Freiburg äußerlich erheblich besser ausgestattet sein könnte. Die Räumlichkeiten sind sehr beschränkt, die Apparate bedürfen einer Ergänzung. Allein Herr Abg. Kräuter wird mir zugeben, daß das klinische Hospital in Freiburg in seinem Raum sehr beschränkt ist und daß Abhilfe schwer zu schaffen ist. Als

reif für ein Ordinariat kann ich die Orthopädie nicht halten; sie soll vorerst in der Gefolgschaft der Chirurgie ruhig weiter wandeln. Die Spezialisierung der Wissenschaften und die Arbeitsteilung auf dem Gebiete der Forschung hat sich gewiß als außerordentlich segensreich erwiesen. Aber eine große Frage ist es, ob nun diese Spezialisierung sich auch für den Unterricht empfiehlt und ob für alle Nebenfächer Ordinariate errichtet werden sollen. Hier muß die Unterrichtsverwaltung vorsichtig sein und die Studierenden vor Zersplitterung bewahren.

Und nun zur Pädagogik. Die Herren Abgg. Jhrig und Venedey haben die Bedeutung der Pädagogik hervorgehoben. Dem kann man unbedingt beipflichten. Die Pädagogik ist für alle unsere Lehrer dringend notwendig. Aber die Pädagogik ist nicht sowohl eine Wissenschaft als eine Kunst. Die Pädagogik ist eine praktische Kunst, und das, was an der Pädagogik wissenschaftlich gelehrt werden kann, das ist tatsächlich auch auf den Hochschulen vertreten. Ebensovienig wie wir auf unseren Universitäten etwa die Kunst lehren können, und ebenso sehr, wie wir uns auf dem Gebiete der Kunst darauf beschränken müssen, an den Universitäten die Geschichte der Kunst und die Aesthetik zu lehren, ebenso muß auch bei der Pädagogik der Schwerpunkt auf die praktische Ausbildung der Lehrer in der Pädagogik gelegt werden. Dies ist in Baden seit dem letzten Landtag geschehen. Bis jetzt wurde an jeder der Universitäten und an der technischen Hochschule ein Kurs für Pädagogik abgehalten, und es mußten alle Lehramtspraktikanten, die ihr praktisches Jahr absolvieren wollten, einen solchen Kurs hören. Nun war es aber bei der wachsenden Zahl der Praktikanten kaum mehr möglich, die Praktikanten während des Probejahres in den Hochschulstädten zu beschäftigen; auch die Zahl derjenigen, die in der Pädagogik anzuleiten waren, ist zu groß geworden. Infolgedessen ist auf Antrag des Oberschulrates jetzt die Regelung so getroffen, daß die praktische Ausbildung der Lehramtspraktikanten in der Pädagogik einzelnen Lehranstalten im ganzen Lande überlassen wird, daß dorthin die Praktikanten während ihres Probejahres zugewiesen werden und dort unter jeweiliger Anleitung der betreffenden Direktoren in unmittelbarer Berührung mit der Schule ihre Ausbildung in der Pädagogik erfahren.

Die Hochschulverwaltung aber hat diesen Anlaß benützt, den historischen Teil, also die Geschichte der Pädagogik, sowie die Systematik der Pädagogik auf den Hochschulen durch besondere Lehraufträge auszubauen, und so ist in Freiburg schon ein Lehrauftrag für Pädagogik erteilt worden. Aber auch in Heidelberg werden in den Vorlesungen über Psychologie und Ethik die pädagogischen Fragen berücksichtigt. Mit der Errichtung von Lehrstühlen für Pädagogik hat es keine Eile. Auch der Herr Abg. Jhrig hat die an die experimentelle Pädagogik geknüpften Hoffnungen nicht so voll geteilt und anerkannt, daß die spezielle Pädagogik nur betrieben werden kann im Anschluß an Seminare. Darin liegt das Anerkenntnis, daß es sich hier eben um eine Materie handelt, die nicht einfach von einem Katheder an der Hochschule aus vorgetragen und so erlernt werden kann. Uebrigens wird der Entwicklung dieser sehr modernen Frage das größte Interesse auch von der Hochschulverwaltung entgegengebracht.

Die Pflege der italienischen Sprache, die der Herr Abgeordnete Dieterle wünscht, ist leider in Freiburg noch nicht möglich, weil wir dort noch kein Lektorat haben, wie das an der Universität Heidelberg der Fall ist.

Es ist dann von verschiedenen Seiten die Ferienverkürzung an den Hochschulen besprochen worden, die der Abg. Dieterle verlangt hat. Außerlich betrachtet muß

man ja sagen, die Hochschulferien sind reichlich bemessen. Aber während dieser Pausen soll von Professoren und von Studierenden nicht etwa nur die Erholung gepflegt werden, sondern die Ferien sind dazu da, einmal für die Hochschulprofessoren, daß sie ihre Wissenschaft pflegen können, für die Studierenden, daß sie weiter arbeiten und das im Semester Gehörte verarbeiten. Diese Ferien sind aber weiter auch dazu da, daß die Fortbildungskurse auf allen Gebieten, die von allen Seiten anerkannt und gewünscht worden sind, gepflegt werden können. Diese Kurse, die nur in der Ferienzeit möglich sind, bringen die Hochschulen in Kontakt mit dem praktischen Leben und machen die Wissenschaft fruchtbar für weite Kreise des Volkes.

Hinsichtlich der Doktorpromotion ist heute nochmals darauf hingewiesen worden, daß die Universitäten rückständig seien in der Berechtigungsfrage. Es seien die Oberrealschüler von der Promotion ausgeschlossen. Diese Erscheinung hängt wohl damit zusammen, daß alle Doktorpromotionsordnungen an den Hochschulen in den Jahren 1900 bis 1902 revidiert worden sind, zu einer Zeit als die Gleichberechtigung der Oberrealschule mit den anderen Anstalten für die staatlichen Prüfungen noch nicht anerkannt war. Aus diesem Grunde ist in den Promotionsordnungen der Oberrealschüler meist nicht gedacht. Ich kann Ihnen aber nur sagen, daß die Fakultäten vom Ministerium aus die Berechtigung haben, daß sie die Oberrealschüler ohne weiteres von sich im Wege des Dispenses zulassen können, und daß hiervon, soviel mir berichtet ist, auch Gebrauch gemacht wird. Sollten da und dort bei einzelnen Professoren noch Bedenken bestehen, Oberrealschüler wegen ungenügender altsprachlicher Vorbildung zur Doktorprüfung zuzulassen, dann, glaube ich, wird die Macht der Zeitumstände in sehr kurzer Zeit dazu führen, auch die Widerstrebenden zu bekehren.

Wenn hinsichtlich der Handelshochschule vom Herrn Abg. Pfeiffle ausgeführt worden ist, daß Mannheim auch hier als Stiefkind behandelt worden sei, so muß dieser Vorwurf zurückgewiesen werden. Die Regierung hat von vornherein der Handelshochschule in Mannheim alles Wohlwollen und alles Entgegenkommen gewährt und nur den Standpunkt betont, daß für die Regierung die Aufgabe, eine Handelshochschule zu gründen, nicht als gegeben anerkannt werde. Die bestehenden Handelshochschulen reichen hierzu gewiß aus. Die Mannheimer Hochschule wird zunächst für Mannheim selbst und für die nächste Umgebung von Wert und Bedeutung sein. Entwickelt sich das anders — das kann man ja nicht vorher sagen —, so hat der Herr Staatsminister eine wohlwollende weitere Förderung in mäßigen Grenzen bereits zugestanden.

Ich möchte zum Schlusse noch auf das eingehen, was der Abg. Kräuter heute hinsichtlich des Beamtenvereins in Freiburg und der Militäranwärter ausgeführt hat. Die Sache ist keineswegs so, daß Zivilanwärter vollständig ausgeschlossen sind; wenn sich ein Militäranwärter für eine Stelle meldet, so geht er dem Andern vor. Wenn aber eine etatmäßige Stelle ausgeschrieben wird, und wenn sich dafür kein Militäranwärter meldet sondern nur ein Zivilanwärter, so kann dieser Zivilanwärter nach den vereinbarten Grundsätzen nach der Probezeit und einer kurzen, nichtetatmäßigen Dienstzeit etatmäßig angestellt werden; das ist durch die Vereinbarung keineswegs ausgeschlossen. Es ist nur nicht gestattet, daß man eine Stelle als nichtetatmäßige Stelle ausschreibt und dann nach ein paar Jahren diese Stelle in eine etatmäßige verwandelt, denn das wäre geradezu eine Umgehung, und die badische Unterrichtsverwaltung ist wie alle

anderen Ministerien verpflichtet, eine Vereinbarung, die die deutschen Staaten geschlossen haben, in loyaler Weise auszuführen. Im übrigen kann ich nur sagen, daß sich bis heute die Verhältnisse tatsächlich so entwickelt haben, daß eine größere Zahl etatmäßiger Dienerstellen noch im Besitz von Nichtmilitärwärtern sind. Das wird wahrscheinlich anders werden. Für besonders vorgebildete Civilanwärter werden aber die Präparatoren- und Laborantenstellen immer verbleiben. Im übrigen ist es in dieser Angelegenheit unmöglich, auf dem Gebiete der Hochschulverwaltung etwa andere Prinzipien zu verfolgen als auf den übrigen Gebieten der Staatsverwaltung.

Abg. Dr. Wilkens (natl.): Die Ausführungen, welche der Herr Regierungsvertreter soeben in Bezug auf die Luiseheilanstalt in Heidelberg gemacht hat, nötigen mich zu einigen Gegenbemerkungen. Ich kann im allgemeinen nur bedauern, daß die Anregung, welche ich bezüglich der Luiseheilanstalt in meinem ersten Vortrage gegeben habe, und die in diesem Hause von verschiedenen Seiten unterstützt worden ist, seitens der Großh. Regierung eine verhältnismäßig wenig entgegenkommende Behandlung gefunden hat.

Der Herr Regierungsvertreter hat vor allem darauf hingewiesen, daß die Luiseheilanstalt ihrem ganzen Charakter nach eine Wohltätigkeitsanstalt sei und daß die Großh. Regierung in Bezug auf die Subventionierung dieser Wohltätigkeitsanstalt über ein gewisses Maß nicht hinausgehen könne. Nun ist es durchaus richtig, daß die in Frage stehende Anstalt ursprünglich eine reine Wohltätigkeitsanstalt gewesen ist. Sie hat sich aber, wie alle Kenner der Verhältnisse mir bestätigen werden, im Laufe der Zeit allmählich zugleich zu einer Universitätsanstalt entwickelt. Sie ist in Heidelberg jetzt tatsächlich die Kinderklinik der Universität geworden und sie trägt damit einer Spezialität Rechnung, für welche, wenn nicht von dieser Seite dafür gesorgt würde, seitens der Großh. Regierung zu sorgen wäre. Gehört doch heutzutage zu jeder medizinischen Fakultät einer größeren Universität eine Kinderklinik. Dabei ist ja auch der Leiter der Luiseheilanstalt, wie vorhin mitgeteilt worden ist, der staatliche Professor der Kinderheilkunde an der Universität.

Der Herr Regierungsvertreter hat dann weiter gesagt, daß auf den Betrieb dieser Wohltätigkeitsanstalt und auf ihr finanzielles Ergebnis die Großh. Regierung ihrerseits einen Einfluß nicht habe. Der Verwaltungsrat der Luiseheilanstalt in Heidelberg scheint dagegen der Meinung zu sein, daß er keinen Einfluß auf das finanzielle Betriebsergebnis habe (Heiterkeit), daß der desfallige Einfluß vielmehr lediglich in den Händen des Leiters der Anstalt, d. h. des Professors der Kinderheilkunde an der Universität, ruhe. Da muß also wohl in der Organisation irgend etwas fehlen, und es wird wohl notwendig sein, daß die Großh. Regierung da einmal nach dem Rechten sieht.

Es ist dann vorhin seitens des Herrn Regierungskommissärs von einem Betriebsdefizit pro 1907 in Höhe von 20 000 M. die Rede gewesen. Ich habe in den letzten Tagen die einschlägigen Zahlen mitgeteilt bekommen und kann den Herren die bestimmte Erklärung abgeben, daß dasselbe 25 000 M. beträgt. Die Anstalt ist also zweifellos in einer finanziellen Krise, und es wird Aufgabe der beteiligten Faktoren sein müssen, zu erwägen, wie man der Anstalt aus dieser Krise heraushilft. Der Herr Regierungsvertreter hat betont, daß die Anstalt ja ihre Verpflegungssätze erhöhen könne. Das ist geschehen. Der Verwaltungsrat hat beschlossen, daß die Verpflegungssätze auf die Höhe der Sätze des akademischen Krankenhauses gebracht werden sollen, daß also der Satz für Kinder unter 10 Jahren 2 M. im

Tag, und für Kinder über 10 Jahren 2,50 M. im Tag betragen soll, wozu für chirurgische Fälle ein Zuschlag von 25 Pf. im Tag kommt.

Es ist dann seitens des Herrn Regierungskommissärs gesagt worden, es könne jedenfalls die Großh. Regierung nicht allein für eine entsprechende Sanierung der Anstalt und ihres Betriebes sorgen, es würden auch andere interessierte Faktoren, wie die Stadt Heidelberg und der Kreis Heidelberg dabei mitzuwirken haben. Ich vermute nun allerdings, daß die beiden genannten Korporationen bereit sein werden, mit der Großh. Regierung in ein Benehmen darüber einzutreten, was geschehen soll, denn es haben beide ein Interesse daran, daß die Anstalt erhalten bleibt, und daß sie auch in der Folge ihrer segensreiche und gemeinnützige Wirksamkeit weiter entfalten kann. Aber in erster Reihe muß der Staat mitwirken, denn es steht, wie schon gesagt, hier eine Anstalt in Frage, die aus einer ursprünglichen Wohltätigkeitsanstalt nach und nach zu einer Anstalt der Universität Heidelberg sich entwickelt hat.

Was die Privatwohlthätigkeit anbelangt, so hat ja bereits der Herr Kollege v. Menzinger darauf hingewiesen, daß dieselbe für die Luiseheilanstalt im Laufe der Jahre in sehr ausgiebiger Weise in Anspruch genommen worden ist. Es haben auch die Bewohner Heidelbergs von jeher für diese Anstalt ein großes Interesse an den Tag gelegt; es gehört eine ganze Zahl von Bewohnern unserer Stadt zu den Mitgliedern der Vereinigung, die für die Anstalt alljährlich Beiträge aufbringt. Es hat aber auch eine ganze Reihe von Heidelbergern im Laufe der Zeit zum Teil recht erhebliche Schenkungen für die Luiseheilanstalt gemacht. Endlich ist auch bei den verschiedenen Bazaren, die im Laufe der Jahre für die Anstalt in Szene gesetzt worden sind, von der Bürgerschaft Heidelbergs der Anstalt ein recht namhaftes Stück Geld zugewendet worden. Es hat aber Alles auch seine Grenzen. Man kann nicht jedes Jahr wieder einen Bazar für die Luiseheilanstalt ins Leben rufen. Es hat vor einigen Jahren ein derartiger Bazar stattgefunden, der ein sehr bedeutendes Erträgnis geliefert habe; ich glaube, es hat sich damals um eine Summe von nahezu 30 000 M. gehandelt, die man auf diesem Wege der Anstalt zur Verfügung stellen konnte. Meines Erachtens müßte jetzt vor Allem eine genaue Prüfung der berufenen Faktoren darüber eintreten, wie der Betrieb der Anstalt für die Folge überhaupt weiterzuführen ist. Daß es so nicht weitergehen kann wie in der letzten Zeit, das liegt ja klar zu Tage. Wenn ein Jahr mit einem solchen Defizit geendigt hat, wie das Jahr 1907, ja was soll dann für die Folge aus der Anstalt werden, auch wenn die an und für sich dankenswerte Erhöhung der Zuschußleistung der Großh. Regierung, wie sie das Budget enthält, die Zustimmung der Landstände findet? Man wird sich auch die Frage der Organisation noch einmal näher ansehen müssen; man wird näher prüfen müssen, ob es angängig ist, daß der Verwaltungsrat der Anstalt, was den Einfluß auf die finanziellen Ergebnisse betrifft, nahezu ausgeschaltet bleibt und in der Hauptsache der Direktor der Anstalt derjenige ist, von dessen Anordnungen und von dessen Geschäftsführung das pekuniäre Ergebnis der Anstalt allein oder doch im wesentlichen abhängt. Wenn ich hiernach auch die Geneigtheit von Stadt und Kreis Heidelberg, in Erörterungen über die Sanierung der Verhältnisse der Luiseheilanstalt einzutreten, nicht von vornherein beabreden will, so scheint mir doch die eigentliche Initiative in dieser Angelegenheit von der Großh. Regierung ausgehen zu müssen, und ich bin der Meinung, daß sie in erster Linie auf finanziellen Gebiete das Jährige dazu beizutragen hat, daß die Anstalt aus der Kalamität, in der sie sich jetzt befindet, befreit und daß der

Betrieb der Anstalt für eine Reihe von Jahren wieder in richtiger Weise sicher gestellt wird.

Abg. Dr. **Obkircher** (natl.): Die Debatte hat sich von den höchsten Höhen der Fragen, die bei einer Hochschuldebatte in die Erörterung gezogen werden können und müssen, durch das materielle Gebiet hindurch bewegt, bis wir bei dem angekommen sind, was der Herr Kollege Febr. v. Mengingen behandelt hat: Wurst und Kartoffelsalat (Heiterkeit). Wir haben also nichts unbeachtet gelassen und brauchen uns keinen Vorwurf zu machen, daß wir irgend etwas wesentliches veräußert hätten.

Es ist vielfach schon das Bemühen hervorgetreten, bei der Behandlung dieser Hochschulfragen die Parität zwischen den Universitäten Heidelberg und Freiburg zur Sprache zu bringen, immer mit dem Anspruch, für die Universität Freiburg mehr Bewilligungen zu erhalten. Darauf ist ganz richtig von dem Herrn Regierungsvertreter vorhin die Erklärung abgegeben worden, daß solche Paritätsansprüche in einzelnen Fragen unbegründet seien, weil sich die verschiedene Entwicklung der einzelnen Institute an den Universitäten eben lediglich historisch erklären läßt und weil die weitere Entwicklung auf dem historisch Gewordenen aufbauen muß.

Die Universität Freiburg hat für die Gegenwart eine größere Zahl von Ansprüchen erhoben, deren Verwirklichung große Geldmittel erfordern würde, und da man mit staatlichen Mitteln diesen Ansprüchen, ohne über das Mögliche hinauszugehen, nicht hätte entgegenkommen können, so hat die Großh. Regierung ihre Zustimmung zu dem Beschluß der Plenarversammlung der Universität gegeben, für einzelne bestimmte Bauten Grundstocksmittel der Universität zu verwenden. Es ist das von dem Herrn Kollegen Kopf beanstandet worden. Ihm wäre es lieber, wenn diese Grundstocksmittel ungeschmälert erhalten würden. Der Herr Regierungsvertreter hat daraufhin aber vorhin auseinandergesetzt, daß gerade die geeignetste Verwendung dieser Grundstocksmittel darin gefunden werden müsse, wenn wirklich notwendige Bauten zu Zwecken der Universität damit erstellt würden. Ich kann dem Herrn Regierungsvertreter darin nur beipflichten.

Die Lage der Luisei-Heilanstalt in Heidelberg ist soeben und auch früher schon im Laufe der Debatte in warmer Weise der Großh. Regierung an das Herz gelegt worden. Es wird der Anspruch erhoben, mit staatlichen Mitteln einzutreten, damit diese Anstalt aus ihrer gegenwärtigen heissen Situation befreit wird. Ich kann mich den Wünschen, die in dieser Richtung erhoben worden sind, nur anschließen. Wenn ich nun aber von dieser Anstalt, die der Universität Heidelberg wenigstens lose angegliedert ist, einen Sprung mache zu dem Hilda-Kinderhospital in Freiburg, so werden Sie mir vielleicht entgegenhalten, nun machte ich selbst den Fehler, daß ich Parität zwischen Heidelberg und Freiburg fordere. Aber der Vorwurf wäre nicht begründet; denn das Kinderhospital in Freiburg hat dieselbe historische Entwicklung hinter sich und befindet sich in derselben Lage wie das Luisei-Krankenhaus in Heidelberg. Es ist, soweit ich es weiß, wenigstens in der Hauptsache, in rechtlicher Beziehung, ebenso organisiert. Sein Betrieb leidet ebenso aus Mangel an Mitteln und ist bisher auf künstliche Weise durch Finanzspruchnahme der Wohlthätigkeit unterhalten worden. Es ist zurzeit auch in einer läßlichen Lage; deshalb ist es gewiß angebracht, den Forderungen für die Luisei-Heilanstalt in Heidelberg auch die Ansprüche an die Seite zu stellen, die namens des Hilda-Kinderhospitals in Freiburg erhoben werden können.

Die Frage der Berufungen an unsere Hochschulen ist von verschiedenen Seiten behandelt worden. Herr Kollege Kopf hat gewisse Beanstandungen erhoben, die sich aber mehr auf die Vergangenheit als auf die Gegenwart erstrecken, und hat in diesem Zusammenhang selbst zugeben müssen, daß die geringere Zahl von Dozenten an den Hochschulen, die dem katholischen Bekenntnis angehören, im Vergleich mit denjenigen, welche dem evangelischen Bekenntnis angehören, wohl daraus zu erklären sei, daß Anwärter zu solchen Dozentenstellen bei dem katholischen Bekenntnis eben in geringerer Zahl nur vorhanden seien.

Es ist kein Zufall, daß dem so ist. Das beruht eben darauf, daß viele Katholiken Bedenken tragen, sich dem akademischen Beruf zu widmen, weil sie aus ihren Anschauungen heraus wissen, daß sie bei weiterem Vordringen in die wissenschaftliche Forschung sehr leicht mit ihrem Gewissen in Konflikt kommen können mit dem, was sie für Gewissenspflicht halten, und mit den Lehren und den Anschauungen ihrer Kirche.

Ich will diese Frage gewiß nicht weiter aufrollen. Sie führt direkt heran an jene andere große Frage, die in der Debatte die Hauptrolle gespielt hat, die Frage, ob die Freiheit der Wissenschaft mit dem verträglich ist, was die katholische Kirche von ihren Angehörigen fordert. Indessen auch diese Frage werde ich nicht noch einmal ausführlich behandeln. Wir haben eben nicht zu unserm Erstaunen — hier wieder jene große, unüberbrückbare Kluft vorgefunden. Es sind zwei Welten, die sich nicht verstehen, auch da wieder zum Ausdruck gekommen, und wenn Herr Kollege Dieterle gemeint hat, daß die Auffassung der katholischen Kirche, daß deren Prinzipien wie ein Leuchtturm wirkten und die Irrenden durch die Brandung hindurch führten an das Ufer, so ist dem entgegenzuhalten: dieser Leuchtturm wird die Irrenden an das Ufer führen, an ein ödes Land, wo Wissen und Forschen nach Wahrheit erstirbt! (Unruhe im Zentrum). Es ist wiederholt gesagt und von keiner Seite bestritten worden, daß der Zustand unserer Hochschulen und daß die Auffassung der Hochschulverwaltung seine Befürchtung für die Gegenwart nicht rechtfertigt in der Richtung, daß wir das wissenschaftliche Leben auf den Hochschulen verteidigen müßten gegen entgegenstehende Bestrebungen. Ich habe allerdings von gewissen Ansätzen gesprochen, die doch da und dort in Freiburg schon zu beobachten waren, und kann sagen, daß, wenn Differenzen erheblicher Art zwischen der Kurie und der theologischen Fakultät in Freiburg, insbesondere Differenzen zwischen dem erzbischöflichen Konvikts und der Fakultät nicht hervorgetreten sind, das vielleicht doch auch dem zu verdanken ist, daß die Gr. Regierung vor zwei Jahren einem Anwärter auf den Posten des Konviktsdirektors die Genehmigung verweigert hat. (Zuruf aus dem Zentrum: O je, o je! Abg. Hergt: Immer persönlich!)

Einen einzigen Satz aus dem, was Herr Kollege Kolb gesagt hat, muß ich noch kurz hervorheben; das ist nämlich der Satz, daß kirchlich gesinnte Katholiken notwendig auch ultramontan sein müßten. Es ist mir unverständlich, wie er einen solchen Satz aussprechen konnte, denn er ist in Widerspruch mit der Wirklichkeit, in Widerspruch mit den Wahrnehmungen, die wir speziell in unserem Lande Baden machen können. Ich weiß nicht, wie unsere Bauern droben auf dem Schwarzwald und am Bodensee darüber denken würden, wenn sie diesen Ausdruck hören würden. Er ist unrichtig, und wir sind alle Zeit stolz darauf gewesen, daß die Bauern am See und auf der Baar allezeit gut kirchlich gesinnte Katholiken waren und daneben doch nicht ultramontan, sondern liberal sind (Abg.

Kopf: Es werden aber immer weniger! Feiterkeit im Zentrum) Es kommt auch wieder anders.

Die allgemeine Beratung wird geschlossen.

Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort.

In der Einzelberatung meldet sich Niemand zum Wort.

Der Antrag der Budgetkommission zu Titel X Unterrichtswesen, l. höhere Lehranstalten:

- a. die Ausgabe im ordentlichen Etat für die Jahre 1908/09 mit jährlich 2 529 400 Mark,
- b. die Ausgabe im außerordentlichen Etat für beide Budgetjahre zusammen mit 1 289 300 Mark zu genehmigen

wird einstimmig angenommen.

Ferner wird dem Antrage der Budgetkommission entsprechend die Petition des Gesamtverbandes des Universitätsbeamtenvereins Freiburg um Vermehrung der etatmäßigen Institutsbienertellen mit der Maßgabe für erledigt erklärt, daß die Absicht der Großh. Regierung gebilligt wird, in Fällen, wo sich eine besondere Vorbildung der Stellenanwärter als erforderlich erweist, dem durch Schaffung von Stellen für Präparatoren, Laboranten und dergleichen gerecht zu werden.

Der Präsident teilt noch den Eingang von 75 Exemplaren der Festschrift des Herrn Prorektors Rehbod dahier „Der wirtschaftliche Wert der binnenländischen Wasserkräfte unter besonderer Berücksichtigung des Großherzogtums Baden“ mit.

Zu einer persönlichen Bemerkung erhält das Wort:

Abg. Dr. Schöfer (Zentr.): Der Herr Abg. Rehmann sprach vom Collegium sapientiae. Unmittelbar darnach sprach er auch vom Bremsen, das von Seiten der kirchlichen Behörde geschehen sei. Ich bezog diesen Ausdruck auf das Collegium sapientiae. Ich würde aber seitens meiner Fraktionsfreunde darauf aufmerksam gemacht, daß ich in diesem Punkt im Irrtum sei und der Herr Abg. Rehmann bestätigt dies. Ich möchte die Ausführungen, die ich gemacht habe, in diesem Punkte corrigieren.

Im übrigen möchte ich zu dem, was der Herr Abg. Obkircher bezüglich der Besetzung der Direktoren des theologischen Konvikts gesagt hat, erklären, daß der Takt verbietet, hierüber eine weitere Bemerkung zu machen (Sehr richtig! im Zentrum).

Hierauf wird abgebrochen.

Schluß der Sitzung nach 1 1/2 Uhr.

* Karlsruhe, 7. Februar. 28. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Monday den 10. Februar 1908, nachmittags 4 Uhr:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts für die Jahre 1908 und 1909. — Ausgabe Titel IX: Strafrecht — Druckfache Nr. 11 b — Berichterstatter: Abg. Dr. Obkircher